

Forstmann, Albrecht

Article

Zur Theorie der Beschäftigung

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

Provided in Cooperation with:

Duncker & Humblot, Berlin

Suggested Citation: Forstmann, Albrecht (1949) : Zur Theorie der Beschäftigung, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 69, Iss. 4, pp. 37-88,
<https://doi.org/10.3790/schm.69.4.37>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290675>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Zur Theorie der Beschäftigung

von

Albrecht Forstmann, Berlin

Inhaltsverzeichnis: I. Die Problemstellung S. 37. — II. Die Wesensmerkmale des Beschäftigungsproblems: A. Allgemeines S. 44, B. Der Charakter der Unterbeschäftigung S. 44, C. Arten und Ursachen der Unterbeschäftigung: 1. Allgemeines S. 51, 2. Die Arten der Unterbeschäftigung S. 52, 3. Die Ursachen der Unterbeschäftigung S. 56. — III. Beschäftigung und Wirtschaftskreislauf: A. Allgemeines S. 59, B. Die Faktoren des Wirtschaftskreislaufs: 1. Allgemeines S. 60, 2. Einkommen und Einkommensverwendung S. 63, 3. Ersparnis und Investition S. 70, C. Die Arten der Beschäftigung, D. Die Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung: 1. Allgemeines, 2. Die volkswirtschaftlich bedingten Wirkungen, 3. Die betriebswirtschaftlich bedingten Wirkungen. — IV. Die Arbeitsbeschaffung. — V. Das Alimentierungsproblem: A. Allgemeines, B. Die aktive Alimentierung, C. Die passive Alimentierung. — VI. Schlußbetrachtung.

I. Die Problemstellung

Eines der Probleme, die für die Erkenntnis der Dynamik des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens — zwar weniger kausal als vielmehr symptomatisch — bedeutsam sind¹, ist das Beschäftigungsproblem; — unabhängig davon, daß es als solches betrachtet vor allem soziale und weniger wirtschaftliche Kategorie ist. Im Rahmen der vorliegenden Betrachtungen interessiert jedoch diese soziale Seite des Beschäftigungsproblems nicht, sondern es soll hier lediglich seine volkswirtschaftliche Seite betrachtet werden.

Da eine „Problematik“ der Beschäftigung immer der Ausdruck von Störungen des wirtschaftlichen Ablaufes ist, so ist es nicht verwunderlich, daß eine solche immer dann besonders ausgesprochen in Erscheinung tritt, wenn das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen Störungen ausgesetzt ist, die infolge ihrer exogen bedingten Ursachen das natürliche Verhältnis der den wirtschaftlichen Ablauf bestimmenden Faktoren in besonderer Weise in Unordnung gebracht haben, wie das besonders ausgesprochen nach einem Kriege der Fall sein kann — allerdings nicht auch grundsätzlich der Fall sein muß.

Da ein Krieg und seine wirtschaftlichen Folgewirkungen die wirtschaftlichen Kreislaufvorgänge immer dann in besonders ungünstiger

¹ Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Arbeit oder Beschäftigung? *Fin. Arch.*, NF., Bd. 5, 1937.

Weise beeinflußt, wenn durch sie die natürlichen Strukturbedingungen – insbesondere auch die internationalen wirtschaftlichen Strukturzusammenhänge – anorganisch verändert worden sind, und sich diese Störungen naturgemäß auch auf den Umfang der Beschäftigung auswirken, so ist es erklärlich, daß das Beschäftigungsproblem namentlich auch durch die wirtschaftliche Entwicklung in der Zeit zwischen den Weltkriegen – ebenso aber auch heute wieder – in den Mittelpunkt sowohl des wissenschaftlichen, aber auch des praktischen Interesses gerückt ist und daher auch zu einer Vielzahl von Untersuchungen geführt hat², von denen namentlich die von Keynes³ durchgeführten Untersuchungen einen weit über wissenschaftlich und praktisch interessierte Kreise hinausgehenden Widerhall gefunden haben⁴.

In diesen Untersuchungen bemüht sich Keynes vor allem, eine „allgemeine“ Theorie“ der Beschäftigung zu geben, d. h. eine Theorie, die ihrer eigentlichen Natur nach nur dann gegeben werden kann,

² Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen über das Beschäftigungsproblem seien hier nur die folgenden genannt:

W. A. Appleton: *Unemployment, Its Causes and Cure*, London 1928; V. H. Beveridge: *Unemployment, A Problem of Industry*, London 1930; derselbe: *Causes and Cure of Unemployment*, London 1931; E. Berkovits and C. G. Atkins: *The Mechanism of Full Production and Full Employment: A Solution of Depression*, New-York and Chicago 1946; C. Clark: *Determination of Multiplier from National Income Statistics*, *EJ.*, vol. 48, 1938; H. Clay: *The Post-War Unemployment*, London 1930; R. C. Davison: *The Unemployment, Old Policies and New*, London 1929; E. Domar: *Capital Expansion, Rate of Growth and Employment*, *Eca*, 1946; derselbe: *Expansion and Employment*, *AER.*, vol. 37, 1947; W. Fellner: *Monetary Policy and Full Employment*, Berkeley 1946; A. Forstmann: a. a. O., R. G. Hawtrey: *Capital and Employment*, London 1937; J. A. Hobson: *Economics of Unemployment*, London 1924; E. Kahn: *The Relation of Home Investment to Unemployment*, *EJ.*, vol. 41, 1931; N. Kaldor: *Stability and Full Employment*, *EJ.*, vol. 48, 1938; J. M. Keynes: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, dtsh. v. F. Waeger, München und Leipzig 1936; derselbe: *The General Theory of Employment*, *QJ.*, vol. 51, 1937; E. Lederer: *Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit*, Tübingen 1931; W. T. Layton u. a.: *Is Unemployment Inevitable?* London 1924; T. Morgan: *Income and Employment*, New-York 1947; H. Neisser: *The Significance of Foreign Trade for Domestic Employment*, *Soc. Res.*, vol. 13, 1946; H. Peiser: *Der Einfluß des Beschäftigungsgrades auf die industrielle Kostengestaltung*, Berlin 1929; J. Rees: *Business Cycle and Unemployment*, New-York 1923; derselbe: *Unemployment as an international Problem*, London 1926; D. H. Robertson: *Some Notes on Mr. Keynes, General Theory of Employment*, *QJ.*, vol. 51, 1937; J. Robinson: *Introduction to the Theory of Employment*, London 1937; G. Stolper: *The Volume of Foreign Trade and the Level of Income*, *QJ.*, vol. 61, 1947; J. Tinbergen: *Über die Sekundärwirkungen zusätzlicher Investitionen*, *WA.*, Bd. 46, 1937! J. L. F. Vogel: *Unemployment, Its Causes and Cure*, London 1925; F. Waeger: *Konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit*, *Fin. Arch.*, NF., Bd. 6, 1938.

Siehe hierzu weiter auch: Th. Balogh u. a.: *The Economics of Full Employment*, Oxford 1944; W. H. Beveridge: *Full Employment in a Free Society*, New-

wenn ausschließlich endogen bedingte Voraussetzungen unterstellt werden. Es muß daher etwas eigenartig anmuten, wenn Keynes in den Grundlagen seiner Theorie – ebenso aber auch in vielen der aus ihr gezogenen Konsequenzen – sich auf Voraussetzungen gestützt hat, die nicht endogener, sondern ausgesprochen exogener Natur sind. Bedenklich erscheint es hierbei besonders, daß das zwischen den Weltkriegen bestehende Beschäftigungsproblem, das seine Untersuchungen – zumindest implizite – beeinflußt hat, nicht nur exogener Natur, sondern auch primär außenwirtschaftlich und nicht innerwirtschaftlich bedingt war insofern, als es der Ausdruck exogen bedingter Störungen der internationalen Strukturzusammenhänge war, also durch Einflüsse beherrscht wurde, die von Keynes bestenfalls am Rande berücksichtigt waren.

Das in wirtschaftspolitischer Hinsicht besonders bedeutsame Problem der „Arbeitsbeschaffung“ hat Keynes ebenfalls unter besonderer Berücksichtigung der Frage untersucht, ob im Rahmen solcher Maßnahmen durchgeführte Vorhaben, die an sich – also privatwirtschaftlich – betrachtet, als unproduktiv oder auch als verlusthaft zu

York 1945; J. Cornfield: Full Employment Patterns, Monthly Labour Rev. 1947; A. Dahlberg: Capital goes on Strike, New-York 1938; Sh. M. Fine: Public Spending and Post-War Economic Policy, New-York 1944; K. Gruber: Voraussetzungen der Vollbeschäftigung, Wien 1946; A. H. Hansen: Economic Policy and Full Employment, New-York 1947; C. O. Hardy: Price, Wages and Employment, Washington 1946; G. H. Hayes: Spending, Saving and Unemployment, New-York 1945; A. P. Lerner: The Economic Control, New-York 1944; H. F. Lutz: Guideposts to a Free Economy, New-York 1945; R. A. Musgrave u. a.: Public Finance and Full Employment, Washington 1945; R. Rekowski: Vollbeschäftigung im Kreuzfeuer einer dogmenkritischen Untersuchung, Bern 1946; G. Terborgh: The Bogy of Economic Maturity, Chicago 1945.

³ Vgl. hierzu vor allem J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes, a. a. O., im folgenden als „Allgemeine Theorie“ zitiert.

⁴ Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen hierüber seien genannt: A. Amonn: Keynes' Allgemeine Theorie der Beschäftigung, Jb. f. NSt., Bd. 147, 1938; G. Bauer: Die Allgemeine Theorie von Keynes und ihre Kritiker, ZfN., Bd. 9, 1938; G. Cassel: Keynes' General Theory, Int. Lab. Rev. 1937; E. Dehn: Zur Allgemeinen Theorie von Prof. Keynes, ZfN., Bd. 10, 1939; A. Forstmann: a. a. O.; G. Haberler: Mr. Keynes' Theory of the Multiplier, ZfN., Bd. 7, 1936; I. R. Hicks: Mr. Keynes' Theory of Employment, EJ., vol. 46, 1936; P. Kruse: Zu Keynes' Allgemeiner Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Jb. f. NSt., Bd. 146, 1937; W. Lautenbach: Über Kredit und Produktion, Frankfurt a. M., o. J.; P. Lerner: Die Keynesische Theorie über Beschäftigung, Zins und Geld, Int. Rdsch. d. Arb., Bd. 14, 1936; derselbe: Keynes General Theory: A. Rejoinder to Professor Cassel, Int. Lab. Rev., vol. 36, 1937; H. Peter: Keynes' Allgemeine Theorie, Fin. Arch., NF., Bd. 5, 1937; A. C. Pigou: Mr. J. M. Keynes' General Theory of Money, Eca, 1936; D. H. Robertson: Some Notes on Mr. Keynes' General Theory, a. a. O.; weitere Literatur siehe auch bei A. Forstmann: Zur monetären Gleichgewichtsproblematik, ds. Jb., Bd. 67, 1943, S. 579, Anm. 1.

bezeichnen sind, auch volkswirtschaftlich gesehen als verlusthaft anzusehen sind, oder ob nicht umgekehrt durch sie eine Steigerung des nationalen Wohlstandes erreicht werden kann. Er hat dabei diese Frage – an sich durchaus zu Recht – im Sinne der letztgenannten Möglichkeit beantwortet. Er hat dabei aber einmal nicht berücksichtigt, daß sie nicht absolut, sondern nur relativ zu beantworten ist; und er hat zum anderen seine Ansicht in einer Weise begründet, die den tatsächlichen Zusammenhängen nicht nur in keiner Weise gerecht wird, sondern die auch angesichts der von ihm unterstellten Voraussetzungen hinsichtlich der Art der Kostengestaltung einen Widerspruch in sich selbst darstellt.

Die Erkenntnis aller dieser Fragen setzt als erstes die Klärung der sie tragenden Grundlagen voraus; d. h. es muß zunächst einmal das **Wesen des Beschäftigungsproblems** als Kategorie des wirtschaftlichen Kreislaufes, wie es in einer in der Volkswirtschaft bestehenden Unterbeschäftigung in Erscheinung tritt, untersucht und geklärt werden.

Für das Verständnis dieser Frage ist es von besonderer Wichtigkeit, den jeweiligen **Charakter einer bestehenden Unterbeschäftigung** zu erkennen, d. h. zu wissen, durch welche eigentlichen ursächlichen Einflüsse auf den wirtschaftlichen Ablauf und die ihn bestimmenden Faktoren eine Unterbeschäftigung entstanden ist. Die Notwendigkeit einer solchen kausal bestimmten Erkenntnis des jeweiligen besonderen Charakters einer bestehenden Unterbeschäftigung ist aber nicht nur von theoretischem Interesse, sondern sie ist nicht minder auch von großer praktischer Bedeutung, weil die Wahl der zur Beseitigung einer bestehenden Unterbeschäftigung anzuwendenden Mittel – sollen diese nicht zu Fehlschlägen führen – in ausschlaggebender Weise durch den jeweils besonderen Charakter der bestehenden Unterbeschäftigung bestimmt sind.

Außer der Erkenntnis des ursächlichen Charakters einer vorhandenen Unterbeschäftigung ist für die Erkenntnis ihres Wesens weiter auch erforderlich, die **Arten und Ursachen einer bestehenden Unterbeschäftigung** zu sehen. Von besonderer diagnostischer Bedeutung ist die Erkenntnis dieser Tatsachen auch deshalb, weil die hier relevanten Zusammenhänge in starkem Umfange abhängig sind vom jeweiligen Charakter der Unterbeschäftigung, so daß die die Art und Ursache einer Unterbeschäftigung bestimmenden Merkmale gleichzeitig auch in gewisser Weise symptomatisch für den Charakter der Unterbeschäftigung sind.

Die Tatsache, daß eine Unterbeschäftigung immer nur ein Symptom von Störungen des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens bzw.

der Harmonie der dies Geschehen bestimmenden Faktoren ist, zeigt die Notwendigkeit, die Zusammenhänge zu untersuchen, die zwischen der Beschäftigung und dem wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen bestehen.

Von Wichtigkeit ist hier zunächst die Erkenntnis der Bedeutung der das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen letztlich bestimmenden Faktoren. Hier handelt es sich zunächst um die Feststellung der Gesichtspunkte und Einflüsse, die die Art der Verwendung des laufenden Einkommens bestimmen, da ja die Einkommensempfänger als Träger der Bedürfnisse die letztlich für die volkswirtschaftliche Dynamik bestimmenden Kräfte sind.

Von den beiden grundsätzlich möglichen Verwendungsarten des Einkommens, den Verbrauchsausgaben und den Ersparnissen, sind namentlich die letzteren etwas näher zu betrachten, da die Art gerade ihrer Verwendung von besonderer Bedeutung für die Problematik der Beschäftigung ist. Wie im einzelnen zu zeigen sein wird, handelt es sich hier vor allem um das Verhältnis, in dem Ersparnis und Investition zu einander stehen.

Den Arten der Verwendung des laufenden Einkommens, den Verbrauchsausgaben und den Investitionen, entsprechen güterwirtschaftlich die Verbrauchsgütererzeugung und die Herstellung von Realinvestitionen. Daraus ergeben sich auch zweierlei grundsätzliche Arten der Beschäftigung, die unter besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung im wirtschaftlichen Ablauf und ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu betrachten sind.

Wenn auch das Beschäftigungsproblem vor allem ein Symptom von Veränderungen des wirtschaftlichen Ablaufs repräsentiert, so bedeutet das doch keinesfalls, daß durch Änderungen im Umfange der Beschäftigung nicht auch bestimmte und wichtige Einflüsse auf den wirtschaftlichen Ablauf ausgeübt werden könnten. Diese Wirkungen sind daher auch in ausreichender Ausführlichkeit zu betrachten, wobei zu unterscheiden sein wird zwischen solchen Wirkungen, die ihrer ganzen Natur nach volkswirtschaftlich bedingt sind, einerseits und andererseits solchen Wirkungen, die ihrem Charakter nach betriebswirtschaftlich bedingt sind.

Gerade diese letztgenannte Art von Wirkungen, die durch Änderungen im Umfange der Beschäftigung verursacht werden, sind bisher in durchaus unzureichender Weise berücksichtigt worden, obgleich sie von einer, den volkswirtschaftlich bedingten Wirkungen in keiner Weise nachstehenden Bedeutung sind. Wie später noch im einzelnen zu zeigen sein wird, sind es gerade diese betriebswirtschaftlich bedingten Wirkungen, deren Nichtberücksichtigung Keynes zu einer

völlig irrelevanten Begründung der Zweckmäßigkeit zusätzlicher Investitionen geführt haben, was vielleicht nicht zuletzt auch darauf beruhen mag, daß *Keynes* – wie ebenfalls noch zu zeigen sein wird – von grundsätzlich irrigen Ansichten über die industrielle Kostengestaltung ausging.

Von besonderer Wichtigkeit sind dann noch diejenigen Zusammenhänge, die zwischen dem Beschäftigungsproblem als theoretischer Kategorie und seinen praktischen Auswirkungen bestehen, wie sie ihren Ausdruck namentlich in jenen Maßnahmen finden, die man als „Arbeitsbeschaffung“ zu bezeichnen pflegt und deren besondere Bedeutung in dem Einfluß liegt, den Realinvestierungen auf den Umfang der Gesamtbeschäftigung innerhalb einer Volkswirtschaft haben. Diese Zusammenhänge sind daher auch etwas eingehender und unter besonderer Berücksichtigung sowohl der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einerseits wie auch der wirtschaftlichen Legitimität solcher Maßnahmen andererseits zu untersuchen, wobei besonders auch ihr Einfluß auf den Volksreichtum, dem *Keynes* ja auch seine Aufmerksamkeit gewidmet hat, zu betrachten sein wird.

Unsere Betrachtungen über den Einfluß von Realinvestierungen auf den Umfang der Beschäftigung werden zeigen, daß eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung im Falle einer Unterbeschäftigung dadurch möglich ist, daß Arbeitskräfte zur Durchführung von Vorhaben eingesetzt werden, deren Ergebnis keine Bereicherung der Menge liquider Verbrauchsgüter ist, deren Produktionsfaktoren aber als Nachfragende am Verbrauchsgütermarkt auftreten und infolgedessen der Verbrauchsgütererzeugung einen Auftrieb geben. Die hierdurch bedingte Steigerung im Umfange der Beschäftigung kann über den Primäreffekt der unmittelbaren Steigerung des Beschäftigungsumfanges hinausgehen, wie dies die Betrachtungen über die volkswirtschaftlich bedingten Wirkungen von Veränderungen im Umfange der Beschäftigung zu zeigen haben werden.

Bei näherer Betrachtung dieser Zusammenhänge wird sich zeigen, daß die Produktionsfaktoren von Vorhaben, die in ihrem Ergebnis die Menge liquider Verbrauchsgüter nicht vermehren – um einen treffenden Ausdruck *Schumpeters* zu gebrauchen⁵ – von den Produktionsfaktoren der Verbrauchsgüterindustrie „alimentiert“ werden müssen. Daraus ergibt sich der grundsätzliche Charakter des Beschäftigungsproblems als der eines *Alimentierungsproblems*, das

⁵ Vgl. *J. Schumpeter: Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, GdS., II. Abtlg., I. Teil, 2. Aufl., Tübingen 1924, S. 45; dieser Ausdruck wurde später auch von R. Strigl (Kapital und Produktion, Wien 1934) u. a. übernommen.*

eine seiner besonderen Bedeutung entsprechende ausreichend eingehende Betrachtung erfordert.

Der allgemeine Sinn einer „Alimentierung“ ist der, daß Einkommensempfänger in der Volkswirtschaft vorhanden sind, die als Nachfragende am Markte der Verbrauchsgüter auftreten, ohne daß sie selber einen Beitrag zu den am Markt vorhandenen Gütern geliefert hätten. Eine solche Alimentierung, die ihren Ausdruck monetär in der Entstehung neuer Einkommen hat, ohne daß in unmittelbarer Verbindung hiermit eine Steigerung der Menge liquider Verbrauchsgüter eintreten würde, braucht nun aber keinesfalls aus Ersparnissen zu erfolgen, sondern sie kann auch anderen Quellen entstammen, also sowohl aus „zusätzlichen“ Krediten wie auch aus Steuereingängen erfolgen.

Die Feststellung der tragenden Grundlagen des Alimentierungsproblems führt zu wichtigen Erkenntnissen auch der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wie sie namentlich in den sogenannten „einseitigen Wertübertragungen“ in Erscheinung treten. So läßt sich beispielsweise auch der Marshallplan in seiner wirtschaftlichen Fundierung ebenso wie auch hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Legitimität nur erklären, wenn die Strukturverhältnisse – sowohl in bezug auf ihre natürliche Entwicklung wie auch im Hinblick auf ihre anorganische Deformation – und ihre Bedeutung erkannt worden sind.

Bei der Betrachtung des Alimentierungsproblems sind zwei grundsätzlich wichtige Gesichtspunkte zu unterscheiden. Einmal handelt es sich um die Problematik der aktiven Alimentierung, d. h. der Voraussetzungen für die Möglichkeiten zu alimentieren, und die sich aus einer Alimentierung ergebenden Wirkungen. Von besonderer Bedeutung gerade auch für das Verständnis der internationalen wirtschaftlichen Nachkriegsproblematik – sowohl was die Verhältnisse nach dem ersten Weltkriege wie auch die heute bestehenden Verhältnisse anbetrifft – ist hier insbesondere auch die Strukturbedingtheit der intervalutarischen Alimentierung, die daher auch in ihren grundsätzlichen Zusammenhängen wenigstens angedeutet werden muß, da ein näheres Eingehen auf sie den Rahmen der vorliegenden Betrachtungen bei weitem überschreiten würde.

Schließlich handelt es sich noch um das Problem der passiven Alimentierung, d. h. der Möglichkeiten, alimentiert zu werden, und der sich aus einer Alimentierung für die Alimentierten ergebenden Wirkungen. Auch in diesem Falle ist die Strukturbedingtheit einer passiven Alimentierung in intervalutarischer Hinsicht besonders – wenn natürlich auch im Hinblick auf den zur Verfügung stehenden Raum nur in den grundsätzlichen Zusammenhängen – zu untersuchen.

II. Die Wesensmerkmale des Beschäftigungsproblems

A. Allgemeines

Das Beschäftigungsproblem äußert sich praktisch in einer in der Volkswirtschaft bestehenden Unterbeschäftigung. Wenn also die Wesensmerkmale des Beschäftigungsproblems erkannt werden sollen, so muß von der für das Beschäftigungsproblem charakteristischen Unterbeschäftigung ausgegangen werden.

Eine „Unterbeschäftigung“ wird in einer Volkswirtschaft immer dann als vorliegend anzusehen sein, wenn arbeitswillige Arbeitskräfte vorhanden sind, die keine Arbeit zu finden vermögen. Da nun die Unterbeschäftigung, wie bereits weiter oben ausgeführt wurde, ein Symptom von Störungen des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens ist, so muß zunächst einmal festgestellt werden, durch welche ursächlichen Einflüsse der wirtschaftliche Ablauf gestört ist, da die Erkenntnis dieser letztlich ursächlichen Einflüsse für das Verständnis des Beschäftigungsproblems von ebenso großer Bedeutung ist wie für die Erkenntnis der jeweils erforderlichen Maßnahmen seiner Lösung. Die Ursachen, durch die das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen gestört ist, sind auch bestimmend für den Charakter einer bestehenden Unterbeschäftigung, der daher zunächst festzustellen ist.

Weiterhin handelt es sich darum, zu untersuchen, in welcher Form eine Unterbeschäftigung praktisch in Erscheinung treten kann, d. h. welche Arten von Unterbeschäftigung zu unterscheiden sind. Die Feststellung der Unterschiedlichkeit der Arten einer Unterbeschäftigung ist, wie bereits gesagt wurde, auch deshalb wichtig, weil die jeweilige Art einer bestehenden Unterbeschäftigung – wenigstens in gewissen Grenzen – repräsentativ ist für die Ursache der Störungen des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens, die in der jeweiligen Art der bestehenden Unterbeschäftigung mehr oder weniger ausgesprochen in Erscheinung tritt.

Schließlich ist zu untersuchen, wodurch eine Unterbeschäftigung ursächlich bedingt sein kann, in dem Sinne, daß festzustellen ist, welche Ursachen es sind, die die Arbeiter daran hindern, ihre Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, und die die Unternehmer davon abhalten, arbeitslosen Arbeitskräften Beschäftigung anzubieten.

B. Der Charakter der Unterbeschäftigung

Wie bereits gesagt wurde, ist der Charakter einer in der Volkswirtschaft bestehenden Unterbeschäftigung abhängig von der Art der Einflüsse, durch die jene Veränderungen im wirtschaftlichen Ablauf hervorgerufen werden, die eine Unterbeschäftigung zur Folge haben.

Diese Ursachen können grundsätzlich unterschiedlicher Art sein, sie führen daher auch zu anderen Wirkungen und erfordern andererseits auch andere Mittel zu ihrer Behebung; trotzdem stimmen sie darin überein, daß sie stets zu einer Kontraktion des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens führen, dessen Ausdruck dann eine Unterbeschäftigung entsprechenden Umfanges ist. Betrachten wir nun die Änderungen im wirtschaftlichen Ablauf, die in einer Unterbeschäftigung in Erscheinung treten, und die Ursachen, durch die solche Veränderungen hervorgerufen werden können.

Eine Veränderung des wirtschaftlichen Ablaufes kann einmal grundsätzlich dadurch bedingt sein, daß – ohne daß innerhalb der Struktur des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens bzw. der es bestimmenden Faktoren eine Veränderung eingetreten ist – die Ansichten der Unternehmer über die möglichen zukünftigen Erträge ihrer wirtschaftlichen Handlungen sich ändern. Sind die Unternehmer hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung optimistisch gestimmt, so werden sie ihre Tätigkeit ausdehnen und dadurch eine Expansion des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens herbeiführen, die eine entsprechende Steigerung im Umfange der Beschäftigung mit sich bringt. Ist das nicht der Fall, sind also die Unternehmer in bezug auf die Gestaltung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung pessimistisch gestimmt, so werden sie in ihren Dispositionen zurückhaltender und ihre wirtschaftliche Tätigkeit nach Möglichkeit einschränken, um nicht der Gefahr von Verlusten ausgesetzt zu sein. Dadurch wird naturgemäß eine Kontraktion des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens herbeigeführt werden, die ihren Ausdruck in einer entsprechenden Reduktion im Umfange der Beschäftigung finden wird.

Derartige – relativ regelmäßige, periodisch wiederkehrende – Veränderungen im wirtschaftlichen Ablauf, die ihren Ausdruck in entsprechenden Veränderungen im Umfange der Beschäftigung finden, bezeichnet man bekanntlich als „Konjunkturperioden“. Die Unterbeschäftigung, die im Verlaufe einer solchen Konjunkturperiode auftritt, wenn sie sich im Abstieg befindet und die durch die hierbei auftretende Kontraktion des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens verursacht ist, kann ihrem Charakter nach dann als „konjunkturelle Arbeitslosigkeit“ bezeichnet werden.

Die Möglichkeit einer Beseitigung dieser Art von Arbeitslosigkeit ist gebunden an die Möglichkeit und die Mittel der Konjunkturpolitik, deren wesentlichstes in der Beeinflussung der unternehmerischen Initiative liegt. Da diese abhängig ist von dem Verhältnis, in dem der „virtuelle“ Zins – als Ausdruck der unternehmerischen Antizipationen

– zum „Marktzins“ – als Ausdruck der Erzeugungskosten – steht¹, so liegt die Möglichkeit einer Bekämpfung einer konjunkturellen Arbeitslosigkeit vor allem in einer sinngemäßen Beeinflussung der angegebenen Zinsrelation. Das kann grundsätzlich dadurch geschehen, daß der „Marktzinsfuß“ ausreichend gesenkt wird. Im Rahmen eines fest gegebenen Volumens von Geldkapital ist das gegebenenfalls nur möglich durch Schaffung „zusätzlichen“ Kredits.

Eine Senkung des „Marktzinsfußes“, d. h. praktisch im wesentlichen des Diskontsatzes, wirkt auf die angegebene Zinsrelation nicht nur unmittelbar, sondern sie wirkt auch mittelbar dadurch, daß eine Senkung des Marktzinsfußes die unternehmerischen Antizipationen im optimistischen Sinne beeinflusst, also mittelbar im Sinne einer Erhöhung des „virtuellen“ Zinses wirkt.

Eine andere Ursache für die Entstehung einer Unterbeschäftigung liegt darin, daß sich zwar die unternehmerischen Antizipationen grundsätzlich in gleichem Sinne auswirken, wie dies im eben besprochenen Falle auch zutrifft, daß aber Art und Umfang der Auswirkungen dadurch eine andere ist, daß die Struktur des wirtschaftlichen Ablaufes bzw. der ihn bestimmenden Faktoren eine Veränderung erlitten hat.

Eine Unterbeschäftigung, die durch solche strukturellen Einflüsse verursacht ist, kann dieser ihrer Verursachung entsprechend ihrem Charakter nach als eine „strukturelle Arbeitslosigkeit“ bezeichnet werden.

Wichtig – sowohl für die Beurteilung wie auch für die Möglichkeit der Beseitigung einer solchen Unterbeschäftigung – ist noch die Frage, ob sie durch endogen bestimmte Einflüsse verursacht ist, also durch solche Kräfte, die der wirtschaftlichen Entwicklung als solcher immanent oder ob sie auf den Einfluß exogen bestimmter Kräfte zurückzuführen sind, die in die wirtschaftliche Entwicklung von außen hineingetragen wurden.

Die erstgenannte Art einer strukturellen Arbeitslosigkeit, die sich mehr oder weniger vollständig aus der wirtschaftlichen Entwicklung heraus ergibt und ihren Ausdruck in einer Veränderung der Struktur des wirtschaftlichen Ablaufes findet, ist grundsätzlich von geringerer Bedeutung gegenüber der anderen exogen bedingten Art struktureller Arbeitslosigkeit. Sie läßt sich im wesentlichen mit den gleichen Mitteln mildern bzw. beseitigen, die auch zur Verhinderung bzw. Milderung der Wirkungen einer konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit anzuwenden sind.

¹ Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur monetären Gleichgewichtsproblematik a. a. O.

Anders liegt aber der Fall bei jener Art struktureller Arbeitslosigkeit, die auf den Einfluß exogen bedingter Kräfte zurückzuführen ist und die ihren Ausdruck darin findet, daß die Struktur der das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen bestimmenden Faktoren eine Veränderung erfahren hat.

Eine strukturelle Arbeitslosigkeit entsteht im Verlauf einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen durch eine mehr oder weniger ausgesprochen starke Verbesserung der technischen oder weniger ausgesprochen starke Verbesserung der technischen Produktivität des Erzeugungsverfahrens, die durch Einführung neuer Erfindungen und der dadurch bedingten Verbesserung des Erzeugungsverfahrens verursacht wird². Zum anderen kann eine strukturelle Arbeitslosigkeit exogener Bedingtheit dadurch und dann entstehen, wenn durch einen Krieg und seine wirtschaftlichen Folgewirkungen die natürlichen Strukturgegebenheiten – und hier namentlich die internationalen Strukturzusammenhänge – eine mehr oder weniger ausgesprochene anorganische Veränderung erfahren haben, wie sie beispielsweise besonders ausgesprochen darin zum Ausdruck kommt, daß natürliche Schuldnerländer zu künstlichen Gläubigerländern und umgekehrt natürliche Gläubigerländer zu künstlichen Schuldnerländern geworden sind³, wie dies sowohl nach dem ersten wie auch nach dem zweiten Weltkriege der Fall ist.

Der erstgenannte Fall, einer durch die Einführung neuer technisch verbesserter Erzeugungsverfahren verursachten strukturellen Arbeitslosigkeit war besonders typisch im Verlauf des 19. Jahrhunderts gegeben und führte damals zu jener „Freisetzungstheorie“, die ihren besonderen und überspitzten Ausdruck dann in der Marxschen Theorie der „industriellen Reservearmee“ und der hierauf beruhenden „Verelendungstheorie“ fand⁴.

Diese Arbeitslosigkeit wurde damals durch besonders günstige Umstände beseitigt, eine Tatsache, die dann zu der der „Freisetzungstheorie“ entgegengesetzten „Kompensationstheorie“ führte, deren – zumindest teilweise – Überschätzung darin zu sehen ist, daß

² Diese Art von Arbeitslosigkeit sieht A. H a h n (Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, 3. Aufl., Tübingen 1930, S. 124) als relativ normal an, weil, wie er meint, „in der modernen Wirtschaft ... eine gewisse Anzahl von Arbeitskräften dadurch außer Arbeit gesetzt [wird], daß man die Produktionsmethoden ständig weiter rationalisiert“.

³ Zur Terminologie vgl. auch W. R ö p k e : Zum Transferproblem bei Internationalen Kapitalbewegungen, Jb. f. NSt., Bd. 133, 1930, S. 230.

⁴ Vgl. hierzu auch K. M a r x : Das Kapital, 8. Aufl., Hamburg 1919.

sie einen durch die damaligen besonderen Verhältnisse begünstigten Ausnahmefall glaubte als Regel ansehen zu können⁵.

Der Fall einer durch anorganische Veränderungen bedingten strukturellen Arbeitslosigkeit ist typisch realisiert durch die anorganischen Veränderungen der internationalen Strukturzusammenhänge, die das Ergebnis des ersten Weltkrieges waren und die ihre politische – nicht aber auch ihre wirtschaftliche – Legitimation durch den Versailler Vertrag erhielten. Durch die sich hieraus ergebende Entwicklung wurden aus natürlichen Schuldnerländern, wie es die Vereinigten Staaten auf Grund ihrer natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung waren und angesichts ihrer wirtschaftlichen Gegebenheiten auch sein mußten, künstliche Gläubigerländer, die sich nunmehr dem Dilemma gegenübersehen, entweder Leistungen zu erhalten, ohne selber solche zu erstaten, oder aber auf solche Leistungen zu verzichten – aber auch die bereits erhaltenen Leistungen wieder zu stornieren – dafür aber selber in der Lage zu sein, den eigenen Produktionsapparat auszunutzen und eine strukturell bedingte Arbeitslosigkeit vermeiden zu können.

Andrerseits wurden aber auch natürliche Gläubigerländer zu künstlichen Schuldnerländern, die nun gezwungen waren, Leistungen ohne Gegenwert auszuführen, wie dies beispielsweise für Deutschland zutraf, und die nun als Kunden am internationalen Markte ausfielen.

Die Folge war in beiden Fällen natürlich die, daß – entsprechend dem Gesetz des Minimums⁶ – eine Kontraktion des internationalen Wirtschaftsgeschehens mit entsprechenden multiplikativen Konsekwitwirkungen auf die innerwirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Länder eintrat, die sich naturgemäß in einer entsprechenden Unterbeschäftigung auswirken mußte. Daß diese Entwicklung unmittelbar nach dem ersten Weltkriege bis zum Ausbruch der sogenannten „Weltwirtschaftskrise“ durch die Pseudorestitution der früheren natürlichen Verhältnisse vermittelt ausländischer Kredite aufgehalten werden konnte, vermag an ihrem grundsätzlichen Charakter natürlich nicht das mindeste zu ändern⁷.

⁵ Siehe zu diesen Fragen auch die folgenden Veröffentlichungen:

J. K ä h l e r : Die Theorie der Arbeiterfreisetzung durch die Maschine, Leipzig 1933; E. L e d e r e r : Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen 1931; O. V e i t : Die Tragik des technischen Zeitalters, Berlin 1936; E. B i r k : Technischer Fortschritt und Überproduktion, Berlin 1927; W. E g g e r t : Rationalisierung und Arbeiterschaft, Jena 1927; W. V e r s h o f e n : Die Grenzen der Rationalisierung, Nürnberg 1927.

⁶ In diesem Sinne weist beispielsweise W. R ö p k e (a. a. O., S. 232) darauf hin, daß eine „Behinderung der Einfuhr ... nur bewirken [kann], daß Einfuhr und Ausfuhr in gleichem Umfange vermindert werden“.

⁷ Vgl. hierzu A. F o r s t m a n n : Der Kampf um den internationalen Handel, Berlin 1935.

Betrachten wir noch kurz die grundsätzlichen Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, wenn mit Erfolg versucht werden soll, eine strukturelle Arbeitslosigkeit zu mildern oder zu beseitigen, so läßt sich kurz folgendes sagen:

Ebenso wie eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit kann auch eine solche strukturellen Charakters nur dadurch gemildert bzw. beseitigt werden, daß man die sie ursächlich bedingenden Einflüsse mildert oder beseitigt. Bei einer konjunkturellen Arbeitslosigkeit ist das, wie gesagt wurde, relativ einfach, wenn einer zielklaren Kreditpolitik ein ausreichender Spielraum gewährt werden kann. Bei einer strukturell bedingten Arbeitslosigkeit – namentlich auch bei einer solchen exogener Verursachung – ist eine Bekämpfung hingegen weit schwieriger. Hier können daher auch keinesfalls die Mittel angewandt werden, die bei einer konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit mit Erfolg anwendbar sind. Im Gegenteil können diese hier – trotz vorübergehender Besserung – den endgültigen Zustand nur verschlimmern.

Betrachten wir zunächst die Möglichkeit, eine durch Rationalisierung des Erzeugungsverfahrens infolge der Einführung technischer Verbesserungen verursachten strukturellen Arbeitslosigkeit zu mildern oder zu beseitigen. Hier handelt es sich darum, einen Weg zu finden, den Umfang der Erzeugung dem Grade der Steigerung der technischen Produktivität entsprechend zu steigern oder aber die Einführung der Rationalisierung zeitlich derart zu „strecken“, daß die Reaktionszeit der durch die Einführung der technischen Verbesserungen verursachten Veränderungen im wirtschaftlichen Ablauf der Reaktionszeit der übrigen Faktoren des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens angepaßt wird⁸.

Der erstgenannte Fall ist nur dann praktisch realisierbar, wenn entweder die Steigerung der allgemeinen technischen Produktivität nur relativ geringfügiger Natur ist, oder aber, wenn bei einer starken Steigerung der allgemeinen technischen Produktivität die Möglichkeit einer dieser entsprechenden Absatzsteigerung besteht, also einer Absatzsteigerung, die der durch die Steigerung der technischen Produktivität bedingten Erhöhung im Umfange der Erzeugung bei gleichen Beschäftigungsumfange entspricht.

Dieser Fall war bei der Technisierung des gesamten Erzeugungsverfahrens im Verlaufe des 18. Jahrhunderts realisiert. Hier ermöglichte der starke Bedarf der überseeischen Länder zu Aufschließungszwecken eine derartige Steigerung des Erzeugungsumfanges der alten europäischen Industrieländer – unmittelbar und durch die sich hieraus

⁸ Vgl. hierzu auch O. v. Zwi edine ck - Sü den hor st: Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit, Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 1927.

ergebenden multiplikativen Konsektivwirkungen auch mittelbar –, daß die durch die Rationalisierung des Erzeugungsverfahrens an sich bedingte Freisetzung von Arbeitskräften „kompensiert“ oder auch überkompensiert werden konnte.

Die andere Art der Verhinderung einer strukturell bedingten Arbeitslosigkeit exogener Verursachung, aber geringeren Umfanges und sektoralen Charakters, war beispielsweise im Anfang des laufenden Jahrhunderts bei der Einführung der Flaschenblasmaschine gegeben, durch die eine Steigerung der technischen Produktivität des Flaschenerzeugungsverfahrens von sehr großem Ausmaße vorlag. Die Beseitigung bzw. Verhinderung einer hierdurch bedingten strukturellen Arbeitslosigkeit war dadurch möglich, daß die Einführung dieses Verfahrens nur langsam erfolgen durfte und die hierdurch bedingte, nur langsame Steigerung der technischen Produktivität daher deshalb nicht zu einer ausgesprochenen – wenn auch nur sektoralen – Arbeitslosigkeit führte, weil die von der Einführung der Maschine betroffenen Arbeiter ausreichend Zeit hatten, sich anderweitige Arbeit zu verschaffen.

Die Beseitigung einer durch exogene Einflüsse struktureller Art und internationalen Charakters bedingten Arbeitslosigkeit setzt grundsätzlich voraus, daß entweder die anorganisch veränderten außenwirtschaftlichen Verhältnisse den unverändert gebliebenen innerwirtschaftlichen Gegebenheiten wieder angepaßt werden oder aber, daß die innerwirtschaftlichen Gegebenheiten den veränderten außenwirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden. Der Durchführung der ersteren – bei weitem gesunderen – Anpassungsart steht meist die Einsichtslosigkeit der verantwortlichen Politiker entgegen, während der zweitgenannten Art der Milderung oder Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit meist die objektiv bestehenden wirtschaftlichen Gegebenheiten und auch der lange Zeitraum hindernd im Wege stehen, der erforderlich ist, um solche strukturellen Veränderungen, wie sie hier erforderlich sind, ohne schwere wirtschaftliche und insbesondere auch soziale Schädigungen⁹ durchführen zu können.

Bei dieser Art struktureller Arbeitslosigkeit wird es daher auch meist nur zu einer teilweisen und vielfach auch als ungesund zu bezeichnenden Milderung – zu einer Beseitigung wird es wohl kaum kommen – der bestehenden Unterbeschäftigung durch Maßnahmen mehr oder weniger ausgesprochen planwirtschaftlichen Charakters kommen. Aber diese werden sich ungestraft nur solche Länder leisten können, die über besonders günstige natürliche Produktionsbedingungen und daher einen Überschuß an Gütern aller Art – oder die Mög-

⁹ Solche sozialen Schäden ergeben sich im besonderen aus der Tatsache, daß eine derartige Anpassung Veränderungen im Umfange der Bevölkerung bedingt.

lichkeit, einen solchen Überschuß zu erzielen – verfügen. Aber auch in diesem Falle wird die Beseitigung einer bestehenden Unterbeschäftigung kaum viel mehr als ein Notbehelf sein, der den tatsächlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten – gerade auch solcher „reichen“ Länder – in keiner Weise gerecht wird.

C. Arten und Ursachen der Unterbeschäftigung

1. Allgemeines

Unabhängig von dem jeweiligen besonderen Charakter einer bestehenden Unterbeschäftigung, der, wie dies die vorausgegangenen Betrachtungen haben erkennen lassen, durch die Art der Verursachung bestimmt ist, durch die das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen gestört ist, lassen sich verschiedene Arten der Unterbeschäftigung unterscheiden, die im besonderen bestimmt sind durch die Art der Einflüsse, die die Produktionsfaktoren bestimmen, eine ihnen angebotene Beschäftigung anzunehmen oder abzulehnen. Es handelt sich hier also zunächst einmal darum, diejenigen Merkmale festzustellen, durch die die einzelnen Arten einer Unterbeschäftigung – unabhängig von der jeweiligen Art ihres Charakters – gekennzeichnet sind, obgleich die Arten der Unterbeschäftigung, wie bereits gesagt wurde, in nicht unerheblichem Umfange symptomatisch für die Art ihres Charakters sind. Aus der Erkenntnis dieser Merkmale ergeben sich dann auch die des problematischen Gegenteils einer Unterbeschäftigung, d. h. dafür, wann und unter welchen Umständen von einer „Vollbeschäftigung“ gesprochen werden kann¹⁰.

Bei der Feststellung der verschiedenen Arten der Unterbeschäftigung wird im besonderen zwischen volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Kategorie einer Unterbeschäftigung zu unterscheiden sein. Die letztgenannte Art der Unterbeschäftigung ergibt sich dann, wie bereits erwähnt wurde, aus der Tatsache, daß der Umfang der Erzeugung – und damit auch der der Beschäftigung – mit den Erzeugungskosten durch eine nichtlineare Funktion verbunden ist, für die eine Optimumbedingung angegeben werden kann. Diese ist für die Bestimmung der betriebswirtschaftlich bedingten Unterbeschäftigung ebenso aber auch der betriebswirtschaftlichen Vollbeschäftigung von Wichtigkeit.

Weiter handelt es sich darum, jene ebenfalls von dem jeweiligen Charakter der bestehenden Unterbeschäftigung grundsätzlich unabhängigen Ursachen zu finden, die dafür bestimmend sind, daß arbeits-

¹⁰ Das eigentliche Gegenteil der U n t e r beschäftigung, die Ü b e r beschäftigung, ist als solche nicht problematisch.

willige Arbeitskräfte keine Beschäftigung zu finden vermögen oder umgekehrt, unter welchen Bedingungen arbeitswillige Arbeitskräfte Beschäftigung erhalten können.

Hier handelt es sich im wesentlichen darum, die prinzipiell wichtigen Merkmale festzustellen, die dafür charakteristisch sind, wann und unter welchen Bedingungen einmal Arbeiter gewillt und in der Lage sind, eine ihnen angebotene Beschäftigung anzunehmen bzw. abzulehnen und andererseits, wann und unter welchen Bedingungen Unternehmer gewillt und in der Lage sind, Arbeitskräften Beschäftigung zu geben oder anzubieten bzw. wann und unter welchen Bedingungen das nicht der Fall ist.

Dabei ist es einmal wichtig, festzustellen, durch welche grundsätzlich bedeutsamen subjektiven Einflüsse die Arbeiter einerseits, die Unternehmer andererseits zu ihren Handlungen bestimmt werden; und es handelt sich weiterhin auch um die Ermittlung derjenigen objektiv bestimmten Momente, durch welche Arbeiter einerseits und Unternehmer andererseits in ihrem jeweiligen subjektiven Handeln bestimmt werden.

2. Die Arten der Unterbeschäftigung

Von einer „Unterbeschäftigung“ wird im allgemeinen immer dann gesprochen werden können, wenn in einer Volkswirtschaft arbeitswillige Arbeitskräfte vorhanden sind, die zu dem bestehenden Lohnsatz keine Arbeit zu finden vermögen, die aber andererseits auch nicht gewillt oder auch nicht in der Lage sind – beispielsweise weil tarifliche Bindungen sie daran hindern –, sich mit einem geringeren Lohnsatz als dem bestehenden einverstanden zu erklären. Man wird in einem solchen Falle der Unterbeschäftigung wohl am zweckmäßigsten von einer „freiwilligen Arbeitslosigkeit“ sprechen¹¹.

Eine andere Art der Unterbeschäftigung liegt dann vor, wenn in einer Volkswirtschaft arbeitswillige Arbeitskräfte vorhanden sind, die aber auch bei einem sinkenden Lohnsatz keine Beschäftigung zu finden vermögen. Diese Art der Unterbeschäftigung hat ihren ausgesproche-

¹¹ J. M. Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O.), unterscheidet hier zwischen „Reibungsarbeitslosigkeit“ und „freiwilliger Arbeitslosigkeit“. Erstere liegt vor, wenn mit der Annahme der Arbeit ein Nachteil verbunden ist (ebenda, S. 5), „der einen Menschen oder eine Gruppe von Menschen veranlassen könnte, lieber nicht zu arbeiten, als einen Lohn anzunehmen, dessen Nutzen für sie unter einem gewissen Minimum liegt“, während nach Keynes „freiwillige Arbeitslosigkeit“ dann vorliegt, wenn ein Arbeiter (ebenda, S. 5 f.), „eine Entschädigung nicht annehmen will oder nicht annehmen kann, deren Wert dem Erzeugnis entspricht, das ... [seiner] Grenzproduktivität zuzuschreiben ist“.

nen Ausdruck wohl dann, wenn die nichtbeschäftigten arbeitswilligen Arbeitskräfte auch bei einem Lohnsatze keine Beschäftigung zu finden vermögen, der nur die Reproduktionskosten des von ihnen zur Verfügung gestellten Produktionsfaktors „Arbeit“ deckt. Bei dieser Art der Unterbeschäftigung kann man wohl am zweckmäßigsten von „unfreiwilliger Arbeitslosigkeit“ sprechen¹².

Die erstgenannte Art der „freiwilligen Arbeitslosigkeit“, die vor allem eine Frage monopolistischer Lohnbildung¹³ und für eine „allgemeine“ Theorie der Beschäftigung naturgemäß in ausreichendem und der Bedeutung der fast allgemeinen gewerkschaftlichen Lohnbindungen entsprechendem Umfange zu berücksichtigen ist, ist für die hier relevanten Fragen – wenigstens unmittelbar – von geringerer Bedeutung gegenüber der zweitgenannten Art der „unfreiwilligen Arbeitslosigkeit“, die daher auch den folgenden Betrachtungen in erster Linie zugrunde liegt.

Wir hatten darauf hingewiesen, daß die Art der bestehenden Unterbeschäftigung in erheblichem Umfange auch für ihren Charakter repräsentativ sein kann, also angibt, ob es sich bei ihr um eine konjunkturelle oder um eine strukturelle Arbeitslosigkeit handelt. Diese symptomatische Bedeutung der Art der bestehenden Unterbeschäftigung für ihren Charakter kommt darin zum Ausdruck, daß eine freiwillige Arbeitslosigkeit stets der Ausdruck einer konjunkturellen Unterbeschäftigung ist, während eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit um so mehr das Bestehen einer strukturellen Unterbeschäftigung – insbesondere auch einer solchen exogener Bedingtheit – anzeigen wird, je größer das Ausmaß der bestehenden Unterbeschäftigung sein wird.

Im Gegensatz zu den angegebenen Arten der Unterbeschäftigung wird man von einer „Vollbeschäftigung“ wohl immer dann

¹² Die von Keynes (ebenda, S. 13) gegebene Begriffsbestimmung für „unfreiwillige Arbeitslosigkeit“ — das gilt teilweise auch für die anderen von ihm gegebenen Definitionen — scheint nicht nur widerspruchsvoll, sondern auch unrichtig in bezug auf die von ihm unterstellte Art der Kostengestaltung. Keynes sagt hier: „Arbeiter sind unfreiwillig arbeitslos, wenn im Falle einer geringen Preissteigerung von Lohngütern im Verhältnis zum Geldlohn sowohl das gesamte Angebot von Arbeit, die bereit wäre, zum laufenden Geldlohn zu arbeiten, als auch die gesamte Nachfrage nach Beschäftigung zu diesem Lohn größer wäre als die bestehende Beschäftigungsmenge.“ (Im Original kursiviert).

Das gleiche gilt auch, wenn Keynes an anderer Stelle seiner Untersuchungen (ebenda, S. 109) sagt, daß unfreiwillige Arbeitslosigkeit immer dann als vorliegend anzusehen sei, wenn „der Grenznachteil der Arbeit niedriger als der Nutzen des Grenzerzeugnisses“ sei.

¹³ Vgl. hierzu beispielsweise auch G. Myrdal: Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse, a. a. O., S. 444 ff.

sprechen können, wenn eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung nur bei einer Steigerung des laufenden Lohnsatzes möglich ist¹⁴.

Außer den beiden genannten volkswirtschaftlich unmittelbar relevanten Arten der Unterbeschäftigung läßt sich, wie schon gesagt wurde, noch eine andere Art der Unterbeschäftigung feststellen, die unmittelbar zwar nicht volkswirtschaftlich, sondern die betriebswirtschaftlich definiert ist, die aber mittelbar von nicht geringerer – teilweise vielleicht sogar von noch größerer – volkswirtschaftlicher Bedeutung ist als die beiden genannten volkswirtschaftlich bestimmten Arten der Unterbeschäftigung, so daß eine erschöpfende Behandlung des Beschäftigungsproblems und seiner volkswirtschaftlichen Rückwirkungen – gerade auch unter Berücksichtigung der nach einem Kriege bestehenden Verhältnisse – nur durch Untersuchung aller Arten – insbesondere also auch der betriebswirtschaftlich bestimmten Art – von Unterbeschäftigung möglich ist.

Die betriebswirtschaftlich bestimmte Art der Unterbeschäftigung liegt immer dann vor, wenn die Beschäftigung eines Betriebes – und volkswirtschaftlich gesehen die Ausnutzung der volkswirtschaftlichen Erzeugungskapazität – derart ist, daß die produzierte Erzeugungsmenge unterhalb des Erzeugungsoptimums liegt, so daß also eine Steigerung im Umfange der Erzeugung und damit auch im Umfange der Beschäftigung zu einer Senkung und umgekehrt eine Senkung im Umfange der Erzeugung und damit auch im Umfange der Beschäftigung zu einer Steigerung der spezifischen Erzeugungskosten führen würde¹⁵, oder anders ausgedrückt, daß eine Steigerung im Umfange der Erzeugung und damit auch im Umfange der Beschäftigung die technische Produktivität als Ausdruck der Güte der Kombination der Produktionsfaktoren verbessert, eine Senkung im Umfange der Erzeugung und damit auch im Umfange der Beschäftigung sie verschlechtert.

Als betriebswirtschaftliche Kategorie kann „Vollbeschäftigung“ dann als gegeben angenommen werden, wenn eine weitere Zunahme im

¹⁴ Nach Ansicht von Keynes liegt Vollbeschäftigung immer dann vor, wenn („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 13) „Gleichheit des Reallohnes und des Grenzschadens der Beschäftigung“ vorliegt, oder wenn – wie sich das aus der Art seiner Definition der „unfreiwilligen Arbeitslosigkeit“ (ebenda, S. 109) ergibt – „der Grenzschaden der Arbeit gleich ist dem Nutzen des Grenzerzeugnisses“.

Auch diese Art der Definierung unterstellt, wie noch zu zeigen sein wird, eine den tatsächlichen Verhältnissen diametral entgegenstehende Art der industriellen Kostengestaltung.

¹⁵ Es ist daher auch grundsätzlich unrichtig, wenn Keynes (ebenda, S. 9) meint, daß „der Grenztrag einer gegebenen Kapitalausrüstung steigt, wenn die Produktion abnimmt“; richtig ist vielmehr, daß „Grenztrag“ und Erzeugungsumfang normalerweise in einem genau umgekehrten Zusammenhange stehen.

Umfange der Beschäftigung zu einer Verschlechterung der technischen Produktivität als Ausdruck einer dann stattfindenden Kostenprogression führen würde.

Die betriebswirtschaftliche Unterbeschäftigung muß als der Normalfall innerhalb der Volkswirtschaft angesehen werden¹⁶. Sie liegt in ganz ausgesprochenem Umfange und allgemein im Falle einer strukturellen Arbeitslosigkeit — namentlich einer solchen exogener Verursachung und allgemeinen Charakters, wie sie für die Lage nach dem ersten Weltkriege, aber auch für die heutige Situation charakteristisch ist — vor, bei der schon relativ geringfügige Schwankungen im Umfange der Erzeugung und damit auch der Beschäftigung größere Veränderungen der Arbeitsproduktivität verursachen. Diese Tatsache ist, wie später noch erkenntlich werden wird, gerade auch für die zweckmäßige wirtschaftspolitische Behandlung des Beschäftigungsproblems von erheblicher Bedeutung.

Hinsichtlich der industriellen Kostengestaltung kann als normal angesehen werden, daß bei einer Steigerung im Umfange der Erzeugung und damit auch der Beschäftigung — entsprechend dem „Gesetz der Massenproduktion“ — mit steigendem Ertragszuwachs produziert wird¹⁷.

¹⁶ Das liegt daran, daß — um mit E. Barone (Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie, dtsh. v. E. Staehle, 2. Aufl., Berlin und Bonn, 1935, S. 29) zu sprechen — „die Konkurrenz ... jede Unternehmung [zwingt] innerhalb der Grenze der abnehmenden Stückkosten zu bleiben — oder, wie man auch sagen könnte, jene Kombination produktiver Leistungen durchzuführen, die, volkswirtschaftlich gesehen (socialmente), die nützlichste ist“.

¹⁷ Literatur hierzu siehe bei Th. Vogelstein: Das Ertragsgesetz der Industrie, AfSw., Bd. 34, 1912; siehe weiter auch C. Silbe: Die Ertragsgestaltung in der Industrie, Berlin 1926; W. Weddigen: Theorie des Ertrages, Jena 1927.

Wenn daher C. Silbe (ebenda, S. 15) feststellt, „es gehört zum Thesenkomplex der theoretischen Ökonomie bis in die neueste Zeit, daß ... die industrielle Produktion unter steigendem Ertrag[szuwachs] vor sich geht“, so ist damit die tatsächliche Situation für die normale wirtschaftliche Lage zweifellos richtig charakterisiert, unabhängig von der Tatsache, daß, wie W. Weddigen (a. a. O., S. 222) sagt, auch in der Industrie „jede Aufwandssteigerung, die ... über das ... Produktionsoptimum hinausgeht, ... zunächst relativ und dann auch absolut sinkende Erträge“ ergibt.

Es ist daher auch, wie schon gesagt wurde, grundsätzlich unrichtig, wenn Keynes („Allgemeine Theorie a. a. O., S. 15) die Ansicht vertritt, „daß die Industrie normalerweise ... mit abnehmenden Ertrag arbeitet, sich das Grenzerzeugnis ... notwendigerweise im Maße der Zunahme der Beschäftigung abnimmt“.

Das gleiche gilt auch für das von ihm angeführte Beispiel — wenigstens soweit die industrielle Produktion in Frage kommt —, mit dem er behauptet (ebenda, Anm. 1): „Es werden n Arbeiter beschäftigt, der n -te Arbeiter führt der Ernte einen Scheffel je Tag zu, und die Löhne haben eine Kaufkraft von einem Scheffel je Tag. Der $n + 1$ erste Arbeiter würde jedoch nur 0,9 Scheffel je Tag zufügen, und die

Wir werden noch erkennen – teilweise wurde hierauf auch bereits hingewiesen – daß und warum diese Tatsache für die hier zu untersuchende Problematik von bestimmender Wichtigkeit ist¹⁸.

Die Richtigkeit der aufgestellten Behauptung, daß die betriebswirtschaftlich bestimmte Unterbeschäftigung der Normalzustand in einer Volkswirtschaft ist – insbesondere dann natürlich, wenn strukturell bedingte unfreiwillige Arbeitslosigkeit besteht –, daß also normalerweise die volkswirtschaftliche Erzeugungskapazität nur unteroptimal ausgenutzt ist, so daß eine Steigerung im Umfange der Erzeugung und damit auch im Umfange der Beschäftigung zu steigenden Ertragszuwächsen führen muß, hat die sogenannte „Prosperity-Periode“ in den Vereinigten Staaten vor dem Ausbruch der „Weltwirtschaftskrise“ ebenso eindeutig bewiesen wie die „Arbeitsbeschaffung“ in Deutschland in den dreißiger Jahren des laufenden Jahrhunderts¹⁹. Denn beide Vorgänge sind typische „Mengenkonjunkturen“, also der Ausdruck einer Steigerung der technischen Produktivität, die durch die Art ihrer Verursachung eindeutig anzeigt, daß der nationale Erzeugungsapparat vorher nur unteroptimal ausgenutzt war.

3. Die Ursachen der Unterbeschäftigung

Es handelt sich nun noch um die Feststellung der grundsätzlich wichtigsten Momente, die bei einer Veränderung im Umfange der Be-

Beschäftigung kann daher nicht auf $n + 1$ Arbeiter steigen, es sei denn, daß der Preis des Getreides im Verhältnis zu den Löhnen steige.“

In Wirklichkeit sind aber, wie gesagt wurde, die Verhältnisse in der Industrie normalerweise genau umgekehrt; denn die Industrie arbeitet normalerweise nicht mit abnehmendem, sondern mit zunehmendem Ertragszuwachs, so daß das „Grenzerzeugnis“ – entgegen der von Keynes vertretenen Ansicht – mit zunehmender Beschäftigung zu- aber nicht abnimmt. In seinem Beispiel würde also die Arbeitsproduktivität des $n + 1$ ersten Arbeiters nicht unter, sondern über der des n -ten Arbeiters liegen.

Es ist angesichts dieser Tatsachen nicht verwunderlich, daß Keynes bei seinen Schlußfolgerungen teilweise zu irrigen Ergebnissen kommen muß und auch andere Vorgänge, die er zwar richtig beschreibt, aber auf Grund seiner Ansichten über die Art der Kostengestaltung nicht zu erklären vermag, mit abwegigen bzw. irrelevanten „Gründen“ zu erklären versucht, wie dies beispielsweise bei der Erklärung einer resultierenden volkswirtschaftlichen Produktivität an sich unproduktiver Vorhaben der Fall ist; worauf weiter unten noch einzugehen sein wird.

¹⁸ Das Gesetz des zunehmenden Ertragszuwachses gilt übrigens – wie dies ja auch Turgot schon nachwies – auch in der landwirtschaftlichen Produktion, soweit die hierzu erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind, wie das im allgemeinen in Ländern kolonialen Charakters der Fall ist.

¹⁹ Die Tatsache, daß man hier von einem deutschen „Wirtschaftswunder“ sprach, zeigt, mit welcher primitiven Vorstellungen man – auch auf seiten der Wirtschaftswissenschaft – an die Beurteilung solcher Vorgänge heranzugehen pflegte, deren wahrer Charakter man unschwer erkannt haben würde, wenn man sich bemüht hätte, in die tatsächlich bestimmenden Zusammenhänge einzudringen.

schäftigung bestimmend sind, bzw. der Einflüsse, durch die solche Veränderungen letztlich verursacht werden, soweit es sich hierbei um Einflüsse wirtschaftlicher Natur handelt.

Diejenigen Momente, die eine Veränderung im Umfange der Beschäftigung – insbesondere eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung – aus außerwirtschaftlichen Gründen und daher meist auch auf Grund exogen bedingter Einflüsse zweckmäßig oder auch erforderlich erscheinen lassen – auch dann, wenn die Vorhaben, deren Durchführung eine solche Steigerung im Umfange der Beschäftigung dienen soll, unmittelbar betrachtet als unproduktiv oder als verlusthaft erscheinen – werden weiter unten noch aufzuzeigen sein.

Ganz allgemein sind – soweit rein wirtschaftliche Tatbestände interessieren – der Umfang der Beschäftigung ebenso wie auch Veränderungen im Umfange der Beschäftigung abhängig von der Höhe der Entschädigung, die einerseits der Unternehmer – oder allgemein gesprochen der Arbeitgeber – für die Inanspruchnahme des Produktionsfaktors „Arbeit“ zu geben gewillt und in der Lage ist, und andererseits von der Höhe des Lohnes, zu dem die Arbeiter gewillt und in der Lage sind, Beschäftigung anzunehmen. Der Umfang der Beschäftigung – ebenso wie auch seine Veränderungen – sind also abhängig von der Größe des Verhältnisses, in dem der seitens der Arbeiter geforderte Lohnsatz zu dem steht, den der Unternehmer zu bewilligen gewillt ist, wobei der Umfang der Beschäftigung um so größer sein wird, je höher der Lohnsatz ist, den die Unternehmer zu zahlen gewillt sind und je niedriger der Lohnsatz ist, zu dem die Arbeiter äußerstenfalls gewillt sind, Beschäftigung anzunehmen. Das trifft natürlich alles nur für den Fall der „freiwilligen“ Arbeitslosigkeit zu.

Hinsichtlich der Bereitwilligkeit der Arbeiter, Beschäftigung anzunehmen, ist festzustellen, daß Beschäftigung immer dann angenommen werden wird, wenn die seitens der Unternehmer angebotene Entschädigung für die Inanspruchnahme des Produktionsfaktors „Arbeit“ über, im Grenzfall bei demjenigen Lohnsatze liegt, zu dem die Arbeiter äußerstenfalls noch zu arbeiten bereit wären. Trifft das nicht zu, liegt also die seitens der Unternehmer angebotene Entschädigung unterhalb – und im Grenzfall bei – demjenigen Lohnsatze, zu dem die Arbeiter äußerstenfalls noch gewillt wären, Arbeit anzunehmen, so findet keine Steigerung im Umfange der Beschäftigung, sondern eine Abnahme statt. Unverändert bleibt der Umfang der Beschäftigung für den Fall der Gleichheit zwischen dem Angebot der Unternehmer und den Forderungen der Arbeiter.

Soweit die Arbeiter nicht durch tarifliche Bestimmungen an einen bestimmten Lohnsatz gebunden und damit in ihrer Entschlußfähigkeit mehr oder weniger frei sind, werden sie grundsätzlich zu einem Lohn-

sätze Arbeit annehmen, der höher liegt als der – bzw. der im Grenzfall gleich dem ist –, bei dem die Bereitwilligkeit zur Arbeit seine Unlust, Arbeit anzunehmen, gerade aufwiegt²⁰.

Arbeit wird immer dann nicht angenommen werden und ein bestehendes Lohnverhältnis wird bei einer Senkung des Lohnsatzes immer dann aufgegeben werden, wenn die dem Arbeiter angebotene Entschädigung niedriger – bzw. im Grenzfall gleich derjenigen – ist, bei der die Bereitwilligkeit des Arbeiters zur Arbeit seine Unlust, Arbeit anzunehmen, gerade aufwiegt. Es ist dabei gleichgültig, ob die Senkung des Lohnsatzes auf einer Senkung des Nominallohnes oder auf einer durch Preissteigerung verursachten Senkung des Reallohnes beruht, nur wird die letztere im allgemeinen eine gewisse Reaktionszeit erfordern.

Auf seiten der Unternehmer ist der Umfang der Nachfrage nach dem Produktionsfaktor „Arbeit“ einerseits eine Funktion der Lohnhöhe in ihrer Eigenschaft als Bestandteil der aufzuwendenden Erzeugungskosten und andererseits eine Funktion der vom Unternehmer erwarteten Absatzmenge sowie der hierfür erwarteten Preisgestaltung, also insgesamt betrachtet des aus der Durchführung eines bestimmten Erzeugungsprogramms erwarteten Reinertrages²¹.

Erwartet der Unternehmer steigende Absatzmengen, so wird er den Umfang seiner Erzeugung und damit auch den Umfang seiner Beschäftigung solange erhöhen, als er durch die Steigerung im Umfange der Beschäftigung bzw. der Erzeugung noch eine Zunahme des aus den Ergebnissen dieser Erzeugung resultierenden Reinertrages erwartet. Die Grenze in der Zunahme der Erzeugung und damit auch im Umfange der Beschäftigung ist also dann erreicht, wenn der Unternehmer – unter Berücksichtigung natürlich aller vorhandenen Risikomenge – von einer weiteren Steigerung im Umfange der Erzeugung und damit auch der Beschäftigung keine Steigerung seiner Reinerträge glaubt erwarten zu können. Soweit er einen erhöhten Absatz nur bei sinkenden Preisen glaubt erzielen zu können, wird er auch hier seinen Beschäftigungsumfang unter Berücksichtigung einer Maximierung seiner erwarteten Reinerträge disponieren.

²⁰ A. H a h n (a. a. O., S. 122) meint, daß Arbeitskräfte deshalb arbeitslos sind, „weil sie den Wert der ‚Nichtarbeit‘ höher schätzen als den Wert des für die Arbeit zu erwartenden Lohnes“; und er ist weiter (ebenda, S. 123) der Ansicht, daß „der typische Arbeitslose ... deshalb nicht [arbeite], weil er die Arbeit, für die ihm ein Lohn geboten wird, der sein Existenzminimum nicht garantiert oder hinter der tariflichen Vereinbarung zurückbleibt, die Nichtarbeit immer noch vorzieht“.

²¹ Hierbei wird also, wie K e y n e s (Vom Gelde, a. a. O., S. 131) einmal zutreffend bemerkt, „das Verhalten der Unternehmer in einem gegebenen Augenblick bestimmt ... durch eine Mischung von Wissen und Hoffen“.

Erwarten die Unternehmer eine Reduktion ihres Absatzes, so werden sie versuchen, eine solche Reduktion durch Preissenkungen aufzuhalten oder auch überzukompensieren, soweit die Nachfrage nach den von ihnen erzeugten Gütern elastisch ist. In diesem Falle werden die Unternehmer ihren Erzeugungsumfang und damit auch ihren Beschäftigungsumfang nur dann und nur insoweit ausdehnen oder aufrechterhalten, wenn die Lohngestaltung derart ist, daß keine Reduktion der von ihnen erwarteten Reinerträge eintritt.

III. Beschäftigung und Wirtschaftskreislauf

A. Allgemeines

Das Beschäftigungsproblem ist – sowohl in passiver wie auch in aktiver Hinsicht – ein Problem des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens und muß daher auch unter besonderer Berücksichtigung dieses Geschehens untersucht werden.

Der Zusammenhang des Beschäftigungsproblems mit dem des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens in passiver Hinsicht, d. h. in bezug auf die funktionelle Abhängigkeit des Beschäftigungsumfanges vom Umfange des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens, ergibt sich – wie dies auch die voraufgegangenen Betrachtungen bereits haben erkennen lassen – daraus, daß Störungen des wirtschaftlichen Ablaufes, die zu einer Veränderung im Umfange der Erzeugung führen, in Veränderungen im Umfange der Beschäftigung in Erscheinung treten. Der Charakter dieser Veränderungen ist dabei von der Art der Verursachung der Störungen des wirtschaftlichen Ablaufes abhängig, die auch von ausschlaggebender Wichtigkeit für die Schwere der durch sie bedingten Problematik der Unterbeschäftigung ist.

In aktiver Hinsicht, d. h. in bezug auf die Wirkungen, die durch Veränderungen im Umfange der Beschäftigung auf den wirtschaftlichen Ablauf hervorgerufen werden können, kommt der Zusammenhang des Beschäftigungsproblems mit dem des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens darin zum Ausdruck, daß eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung, falls bei ihr bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, eine weitere Steigerung im Umfange der Gesamtbeschäftigung indiziert, die die sie primär bedingende Steigerung im Umfange der Beschäftigung mehr oder weniger ausgesprochen übersteigen kann. Diese Tatsache, daß ein gegebener Primäreffekt Sekundärwirkungen indiziert, die ihn in ihrem Umfange übersteigen, kann man auch als das „Gesetz der multiplikativen Konsektivwirkungen“ bezeichnen.

Die Tatsache der multiplikativen Konsektivwirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung, die empirisch aus dem Geschehen einer konjunkturellen Entwicklung bekannt sind, hat besonders R. F. Kahn¹ und auf seinen Untersuchungen aufbauend Keynes in besonders schlagkräftiger Form veröffentlicht².

Die hier relevanten Zusammenhänge sind nicht nur für die theoretische Erkenntnis des Beschäftigungsproblems von Wichtigkeit, sondern sie sind auch von bestimmender Bedeutung für seine praktische Lösung.

Um zu klaren Erkenntnissen hinsichtlich dieser Zusammenhänge kommen zu können, müssen daher die besonderen funktionellen und kausalen Zusammenhänge untersucht werden, die zwischen dem Beschäftigungsproblem einerseits und dem des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens andererseits bestehen, d. h. es muß einmal festgestellt werden, welche Faktoren des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens bestimmend sind für Veränderungen im Umfange der Beschäftigung; und es muß zum anderen festgestellt werden, welchen Einfluß Veränderungen im Umfange der Beschäftigung auf das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen bzw. einzelne der dieses Geschehen bestimmenden Faktoren haben.

Eine solche Klärung der Zusammenhänge setzt nun aber voraus, daß zunächst einmal die wesentlichsten, den wirtschaftlichen Ablauf bestimmenden Faktoren untersucht werden, und zwar einmal im Hinblick auf die Art ihres Einflusses und zum anderen auch hinsichtlich ihrer gegenseitigen Abhängigkeiten und Bedingtheiten. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, ist es möglich, die zwischen dem Beschäftigungsproblem einerseits und dem wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen andererseits bestehenden passiven und aktiven Zusammenhänge zu betrachten, d. h. insbesondere festzustellen, welche funktionellen und kausalen Bedingtheiten bzw. Abhängigkeiten zwischen Veränderungen im Umfange der Beschäftigung und dem des wirtschaftlichen Ablaufes bestehen.

B. Die Faktoren des wirtschaftlichen Kreislaufes

1. Allgemeines

Die in den vorliegenden Betrachtungen zu klärende Problematik rührt an die Grundfragen der theoretischen Nationalökonomie. Eines

¹ Vgl. R. F. Kahn: a. a. O. Siehe hierzu auch H. Neisser: Secondary Employment: Some Comments on Mr. Kahn's Formula, R. E. St., vol. 18, 1936; R. Kahn: Dr. Neisser on Secondary Employment, ebenda; H. Neisser: A Rejoinder, ebenda.

² Vgl. J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O.; derselbe: The General Theory of Employment, a. a. O.

der größten Hindernisse, die der Gewinnung eindeutiger Erkenntnisse in der Nationalökonomie entgegenstehen, ist die Unklarheit über die von ihr benutzten Begriffe³. Diese Unklarheit, die nicht nur die Begriffe als solche, sondern auch die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Begriffen bzw. der durch sie gekennzeichneten Tatbestände und Vorgänge beherrscht⁴, beruht vielleicht nicht zuletzt auch auf der Art und Weise, in der die volkswirtschaftlichen Probleme im allgemeinen behandelt und dargestellt werden, sowie auch auf den hierbei meist zu beobachtenden Inkonsequenzen, die insbesondere auch durch die folgenden Tatsachen charakterisiert sind:

Während man bei der Untersuchung der volkswirtschaftlichen Gesamtproblematik — der „theoretischen Nationalökonomie“ — im allgemeinen richtig vom Begriff der Wirtschaft und des Wirtschaftlichen ausgeht und hierbei die Bedürfnisse und ihre Befriedigung in den Vordergrund der Betrachtungen stellt, behandelt man den volkswirtschaftlichen Kreislauf, dessen Erkenntnis seit Quesnay das eigentliche und letzte Ziel aller wirtschaftswissenschaftlichen Forschung ist, weil die Gesamtheit der wirtschaftlichen Probleme und ihre gegenseitigen Bedingtheiten nur im Zusammenhang des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens verstanden werden können⁵, meist ausgehend vom Standpunkt der Gütererzeugung, und stellt — im Sinne der „klassischen“ Theorie — die Produktion als den wirtschaftlichen Ablauf beherrschend in den Vordergrund der Untersuchungen. Man übersieht also die Tatsache — von der man zwar zunächst richtig ausgegangen ist —, daß nämlich nicht das Angebot, sondern die Nachfrage und durch sie das Bedürfnis und seine Befriedigung letztlich den wirtschaftlichen Ablauf beherrschen, und daß das Angebot und die hinter ihm stehenden Kräfte nur die Aufgabe haben, sich auf die Nachfrage

³ So stellt beispielsweise W. Lautenbach (Über Kredit und Produktion, a. a. O., S. 48) gerade im Zusammenhang mit den hier interessierenden Problemen fest: „Die Begriffe, welche die Wirtschaftswissenschaft verwendet, ... sind nach anderthalb Jahrhunderten wissenschaftlicher Forschung noch so wenig einheitlich bestimmt, daß jeder Nationalökonom, der sauber und ernsthaft verfährt — er mag schreiben, worüber er will — sich immer wieder veranlaßt sieht, die Begriffe neu zu definieren und zu erläutern, einerlei, ob es sich um Grundbegriffe oder Spezialbegriffe handelt.“

⁴ W. Sombart (Die drei Nationalökonomien, München und Leipzig 1930, S. I) meint sogar, daß „in der Nationalökonomie ... alles, was bestimmt sein sollte, unbestimmt [sei]; sogar der Gegenstand“.

⁵ Diesem Ziel diene auch der Versuch Wicksells (Geldzins und Güterpreise, Jena 1898), die Theorie des Geldes — als quantitativen Ausdruck aller wirtschaftlichen Vorgänge und dementsprechend auch aller Probleme des wirtschaftlichen Kreislaufes — in die allgemeine nationalökonomische Theorie einzubauen (vgl. hierzu auch G. Myrdal: a. a. O., S. 371 ff.) ebenso, wie der Versuch, den Keynes mit seiner „Allgemeinen Theorie“ einer geschlossenen Behandlung der wesentlichen den wirtschaftlichen Kreislauf bestimmenden Faktoren unternimmt.

richtig einzustellen, wie das beispielsweise auch in den Antizipationen der Unternehmer zum Ausdruck kommt⁶.

Bestimmend für die Vorgänge des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens ist also, wie gesagt, der Bedarf und dementsprechend auch die Mittel, die zu seiner Aktivierung als Nachfrage zur Verfügung stehen. Da es das letzte und eigentliche Ziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit ist, die – unmittelbar oder mittelbar – der Bedürfnisbefriedigung dienenden Güter zur Verfügung zu stellen und, da über diese Güter letztlich nur durch die laufenden Einkommen verfügt wird, so hat die Erklärung des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens von der Untersuchung der Einkommen und ihrer Verwendung als der letztlich kausalen Faktoren des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens auszugehen⁷.

Die Einkommen sind, wie gesagt, die Mittel, die zur Verfügung stehen, um im Rahmen ihrer jeweiligen Höhe die Befriedigung der Bedürfnisse nach dem Grade ihrer jeweiligen Intensität zu ermöglichen. Nach der Nachfrage, in der sie sich aktivieren, haben sich dann die Unternehmer mit ihrem Angebot – und damit auch mit ihrem Erzeugungs- und Beschäftigungsumfang – zu richten. Es sind daher auch in

⁶ Diese – nicht nur methodischen – Unrichtigkeiten sind es auch in erster Linie, die zu jener, letztlich auf einer Verwechslung von Wirtschaft mit Technik beruhenden Umkehrung des Kausalzusammenhangs zwischen dem Wert eines Gutes und seinen Erzeugungskosten geführt haben, wie sie ihren Ausdruck in der „klassischen“ Lehre vom „objektiven Wert“ und ihre Überspitzung in der von Marx vertretenen Arbeitswertlehre gefunden haben. Der Widersinn dieser Theorien liegt darin, daß nicht, wie sie behaupten, der Wert eines Gutes durch die Kosten seiner Erzeugung bestimmt wird, sondern daß vielmehr Kosten bestimmter Höhe zur Erzeugung eines Gutes nur aufgewandt werden, weil man auf Grund früher gewonnener Erfahrungen glaubt erwarten zu können, daß die Kostenaufwendungen durch den späteren Absatz der erzeugten Ware gerechtfertigt wird. Es sind also nicht die Kosten, die den Wert eines Gutes bestimmen, sondern umgekehrt bestimmt der erwartete Wert eines Gutes die zu seiner Erzeugung aufzuwendenden Kosten.

Damit soll natürlich keinesfalls gesagt sein, daß der Wert im „long-run“ nicht nach den Erzeugungskosten tendiert, wie das die „klassische“ Theorie des statischen Gleichgewichtes mit ihren „natürlichen“ Kategorien zum Ausdruck bringt, deren Bedeutung keinesfalls verkannt werden soll, die aber nicht ohne weiteres – wie das leider meist geschieht – auf Vorgänge des „short-run“ angewandt werden darf.

Wie W. E u c k e n (Kapitaltheoretische Untersuchungen, Jena 1934, S. 149) zu diesen Zusammenhängen feststellt, bedarf die „klassische“ Betrachtung einer Ergänzung durch eine „dynamische“. „Aber der zweiten fehlt von vornherein jede Direktion, wenn nicht die erste vorangegangen ist. Werden beide vollzogen, so gelangen wir zu theoretischen Resultaten, die uns in ihrer Anwendung die Erklärung konkreter Fragen ermöglicht.“

⁷ In diesem Sinne stellt auch E. S c h n e i d e r (Einführung in die Wirtschaftstheorie, I. Teil, Theorie des Wirtschaftskreislaufs, Tübingen 1947) den Einkommenskreislauf in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen.

zweiter Linie jene Kräfte zu untersuchen, durch die die Unternehmer zu ihrem wirtschaftlichen Handeln bestimmt werden, und es ist hierbei insbesondere auch festzustellen, welche Möglichkeiten bestehen, um die von der Nachfrageseite einerseits und von der Angebotsseite andererseits ausgehenden Kräfte miteinander ins Gleichgewicht zu bringen.

Die letztgenannte Problematik kommt besonders in den zwischen den aus dem Einkommen gemachten Ersparnissen einerseits und den seitens der Unternehmer vorgenommenen Realinvestitionen andererseits zum Ausdruck. Die zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Beziehungen sind daher auch unter Berücksichtigung der angegebenen Gesichtspunkte zu untersuchen, soweit sie für die hier zu klärende Problematik von Wichtigkeit sind.

Die über die Bedeutung der Einkommen und der Einkommensverwendung gewonnenen Erkenntnisse einerseits, der zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Beziehungen andererseits, zeigen auch die besondere Wichtigkeit der Erkenntnis der grundsätzlich wichtigen Erzeugungsarten sowohl für das Verständnis der wirtschaftlichen Kreislaufvorgänge wie auch für die Erkenntnis und die Beherrschung des Beschäftigungsproblems. Zum Ausdruck kommt das besonders auch in der Tatsache, daß den Arten der Erzeugung entsprechende Arten der Beschäftigung zugehörig sind, deren Bedeutung für das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen daher auch zum Abschluß unserer Betrachtungen über die zwischen dem Beschäftigungsproblem und dem wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen bestehenden Beziehungen und Abhängigkeiten noch zu untersuchen ist.

2. Einkommen und Einkommensverwendung

Wenn die volkswirtschaftliche Gesamtproblematik in ihrem eigentlichen Wesen richtig verstanden werden soll, dann muß bei ihrer Untersuchung vom Verbrauch der Wirtschaftssubjekte als der letzten treibenden Kraft des gesamten wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens ausgegangen werden⁸. Es ist vor allem Wicksell gewesen, der mit dem

⁸ In diesem Sinne ist es auch zu verstehen, wenn O. Veit (Gefühl und Vernunft in der Wirtschaft, Berlin 1932, S. 26) sagt: „Kein Zweig der Produktion, des Handels, der Finanzierung oder des Verkehrs erhält seine Aufgabe von einer anderen Instanz als von dem Bedarf der auf der Erde lebenden Menschen. Die häufig anzutreffende Behauptung, es sei das Profitstreben der Unternehmer und nicht der Bedarf, der die Wirtschaft beherrsche, beruht auf einer Verwechslung von Mittel und Zweck. Das Profitstreben ist nichts anderes als das Werkzeug, der Motor, dessen die Wirtschaft sich bedient, um ihr Endziel, die Bedarfsdeckung zu erreichen. Abwegig und schief ist es daher, einen Gegensatz zwischen Produzenten- und Konsumenteninteressen zu konstruieren. Die volkswirtschaftliche Be-

scheinbar traditionellen Fehler in der Behandlung der volkswirtschaftlichen Gesamtproblematik, die darin liegt, diese unter dem Aspekt der Produktion zu betrachten, gebrochen und die Lehre vom Verbrauch an die Spitze seiner Untersuchungen über die theoretische Nationalökonomie gesetzt hat⁹.

Aber auch Keynes hat in seinen Untersuchungen über das Beschäftigungsproblem die integrierende Wichtigkeit des Verbrauchs und der Erkenntnis seiner Bestimmungsgründe für die volkswirtschaftliche Gesamtproblematik erkannt und hat daher auch sein „psychologisches Gesetz“, das die zwischen dem Verbrauch und der Einkommenshöhe bestehenden Abhängigkeiten zum Ausdruck bringt, als den „Schlüssel zu unserem wirklichen Problem“ bezeichnet¹⁰. Er hat dieses Gesetz an die Spitze seiner Betrachtungen der „Allgemeinen Theorie“ gestellt, die nicht nur das Beschäftigungsproblem, sondern auch die übrigen zentralen Fragen des wirtschaftlichen Kreislaufes, die Geld-, Zins- und Preistheorie als Teilprobleme der volkswirtschaftlichen Gesamtproblematik und unter Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Bedingtheiten behandelt¹¹, wenn dies auch nicht immer in besonders glücklicher Form geschieht¹².

Die Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen dem Einkommen bzw. der Einkommenshöhe als dem „Fonds“, aus dem die Wirtschaftssubjekte ihre Bedürfnisse befriedigen können, und dem Verbrauch als dem Ausdruck der unmittelbaren Bedürfnisbefriedi-

trachtung kann in jedem Falle nur vom Blickpunkt des Bedarfsträgers ausgehen. Wird das Interesse des Produzenten zum Ausgangspunkt genommen, so ist die Betrachtung privatwirtschaftlich gerichtet. Über die Bewertung beider ist damit noch nichts gesagt.“

⁹ Er stellt daher auch fest (K. Wicksell: Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips, Bd. I, Jena 1913, S. 6), daß „die Lehre der menschlichen Bedürfnisse, in quantitativer und qualitativer Beziehung, d. h. die allgemeine Lehre der Konsumtion, da sie ja der Zweck der ganzen wirtschaftlichen Tätigkeit ist, logischerweise unbestreitbar an die erste Stelle gesetzt werden muß, wenn sie auch im wirklichen Leben der Zeitfolge nach als letzte auftritt“.

¹⁰ J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 25.

¹¹ Hierzu meint Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 27): „Die Analyse des Hanges zum Verbrauch, die Definition der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und die Theorie des Zinses sind somit die drei Hauptlücken in unserer bestehenden Kenntnis, die ausgefüllt werden müssen. Wenn das getan sein wird, werden wir finden, daß die Theorie der Preise sich auf ihren richtigen Platz einfügt als ein unserer allgemeinen Theorie untergeordneter Gegenstand. Wir werden aber entdecken, daß das Geld eine wesentliche Rolle in unserer Theorie des Zinses spielt, und wir werden versuchen, die besonderen Merkmale des Geldes zu entwirren, die es von anderen Dingen unterscheidet.“

¹² Hierzu meint beispielsweise A. Amonn (Keynes' Allgemeine Theorie der Beschäftigung, Jb. f. NSt., Bd. 147, 1938): „Der Vergleich dieses Keyneschen

gung, gehen in ihren Anfängen auf Petty zurück. Seine Untersuchungen wurden später durch Dupetieux und Le Play weiter ausgebaut. Eine genaue Formulierung fand dann der zwischen dem Einkommen bzw. der Einkommenshöhe einerseits und dem Verbrauch andererseits bestehende Zusammenhang erstmalig in dem auf statistischen Feststellungen beruhenden sogenannten „Schwabe-Engelschen Gesetz“, welches bekanntlich aussagt, daß die Ausgaben für den Existenzbedarf bei sinkendem Einkommen relativ zunehmen.

Ausgehend von diesem Gesetz kann allgemein festgestellt werden, daß der Verbrauch eines Wirtschaftssubjektes mit zunehmendem Einkommen zwar zunimmt, aber nicht im gleichen Umfange zunimmt wie das Einkommen. Man kann diese zwischen Einkommenshöhe und Verbrauchsausgaben bestehenden Zusammenhang daher auch als „Gesetz vom abnehmenden Verbrauchszuwachs“, oder, da durch dieses Gesetz auch der nicht verbrauchte Teil des Einkommens, der gespart wird, und damit die Verwendung des Einkommens insgesamt genau determiniert ist, auch als „Gesetz der Einkommensverwendung“ bezeichnen, das angibt, in welcher Weise ein Wirtschaftssubjekt sein Einkommen verwendet.

Dieses, von Keynes in unzulässiger Verallgemeinerung auf das laufende Nationaleinkommen übertragene Gesetz, läßt sich genauer durch die folgenden rechnerischen Zusammenhänge zum Ausdruck bringen:

Bezeichnet man die Höhe des laufenden Einkommens eines Wirtschaftssubjektes mit E , die seines Verbrauchs mit V und die seiner laufenden Ersparnis mit S , so besteht die Beziehung

$$E = V + S \quad (1)$$

Bezeichnet man E_0 und V_0 als die entsprechenden Werte des Existenzminimums, so daß also

$$E_0 = V_0$$

ist, so läßt sich für den Verbrauch allgemein die Beziehung

$$V = E_0 - \frac{1}{\gamma} \left(1 - \left[E - (E_0 - 1) \right]^\gamma \right) \quad (2)$$

Buches mit dem ‚Tableau Economique‘ Quesnays und dem ‚Wealth of Nations‘ von Adam Smith drängt sich auf. Diese beiden Werke ... bilden zwei Marksteine in der Geschichte der Nationalökonomie ... Das Keynesische Buch kann als dritter Markstein in dieser Entwicklung betrachtet werden ... Es handelt sich hierbei allerdings vielleicht um einen Markstein des Irrtums, aber wenn auch, so doch eines für die Weiterentwicklung unserer Wissenschaft fruchtbaren Irrtums, eines Irrtums, der kommen mußte, um der Weiterentwicklung einen Anstoß zu geben, und auch solche Irrtümer haben ihren großen Wert und ihre große Bedeutung für die Geschichte der Wissenschaft.“

angeben, wobei die Bedingungen

$$\gamma \leq 1$$

besteht, und γ durch die Besonderheiten des einzelnen Falles bestimmt ist.

Die Höhe der Ersparnis ist dann entsprechend Formel (1) und (2) gegeben als die Differenz zwischen dem laufenden Einkommen und seinem dem Verbrauch gewidmeten Teil, also zu

$$S = E - V = E - E_0 + \frac{1}{\gamma} \left(1 - \left[E - (E_0 - 1) \right]^\gamma \right) \quad (3)$$

Die erste Ableitung des für den Verbrauch gültigen Ausdrucks, also die Beziehung

$$\frac{dV}{dE} = \left[E - (E_0 - 1) \right]^{\gamma - 1} \quad (4)$$

bezeichnet man zweckmäßig als die „Neigung zum Verbrauch“, da sie angibt, in welchem Maße sich bei einer Veränderung des Einkommens der Verbrauch im Verhältnis hierzu verändert. Keynes nennt diesen Ausdruck ohne eigentlichen rechten Sinn den „Grenzhang zum Verbrauch“.

Verändert sich das Einkommen als Funktion der Zeit, so ergibt sich, wenn man die durch das Helmholtzsche Gesetz der ungestörten Superposition zulässige Vereinfachung berücksichtigt und annimmt, daß die stattfindenden Veränderungen einfache harmonische Funktionen der Zeit sind, der Ausdruck

$$e = E_a + E_d \cdot \sin \omega t \quad (5)$$

wobei E_a ein gegebenes mittleres Einkommen, E_d die Amplitude der Einkommensänderung, $\omega = 2\pi f$ die Kreisfrequenz der Einkommensänderung von der Frequenz f und t die Zeit ist.

Für den Verbrauch erhält man dann durch Entwicklung in eine MacLaurinsche Reihe in bekannter Weise den Ausdruck

$$v = V + \frac{V'}{1!} E_d \cdot \sin(\omega t + \varphi) + \frac{V''}{2!} E_d^2 \sin^2(\omega t + \varphi) + \frac{V'''}{3!} E_d^3 \sin^3(\omega t + \varphi) + \dots \quad (6)$$

wobei φ die Phasenverschiebung zwischen Einkommensänderung und Verbrauchsänderung ist.

Bricht man die Reihe nach dem ersten Gliede ab und abstrahiert von einer Phasenverschiebung¹³, so erhält man für den Verbrauch in

¹³ Eine Vernachlässigung der Phasenverschiebung ist allerdings für exakte dynamische Betrachtungen unzulässig, da die Funktion des Verbrauchs irreversibel ist. Es handelt sich also bei dynamischen Betrachtungen nicht nur um eine Kennlinie des Verbrauchs als Funktion des Einkommens, sondern um ein Kennlinienfeld, so daß die hier interessierenden dynamischen Kennlinien Kurven höherer Ordnung sind, wie beispielsweise die Schleifenpermeabilität des Transformatorseisens oder die Arbeitskennlinie einer Elektronenröhren mit Anodenblindlast.

erster Approximation den Ausdruck

$$v = V_a + \frac{dV}{dE} \cdot E_d \cdot \sin \omega t \quad (7)$$

und dementsprechend für die Ersparnis

$$s = S_a + E_d \cdot \sin \omega t \cdot \left[1 - \frac{dV}{dE} \right] \quad (8)$$

Den Ausdruck

$$k = \left[1 - \frac{dV}{dE} \right]^{-1} \quad (9)$$

bezeichnet *Keynes* – der allerdings nicht vom Einzeleinkommen, sondern vom Nationaleinkommen ausgeht – als den „Multiplikator“, der s. A. n. aussagt, „daß bei einem Zuwachs der Gesamtinvestion das Einkommen um einen Betrag zunehmen wird, der k mal dem Zuwachs der Investion ist“¹⁴. Auf diese Zusammenhänge wird weiter unten bei der Betrachtung über die Wirkungen von Veränderungen im Umfange der Beschäftigung noch zurückzukommen sein.

Wie bereits gesagt wurde – und wie das auch aus den vorausgegangenen Betrachtungen zu ersehen ist – ist für die hier relevanten Zusammenhänge die Größe γ von besonderer Bedeutung insofern, als von ihr die Steilheit der Verbrauchscharakteristik und damit die „Neigung zum Verbrauch“ abhängig ist. Diese Größe ist, wie ebenfalls schon erwähnt wurde, durch die Besonderheiten des einzelnen konkreten Falles determiniert. Das ist besonders von Bedeutung, wenn die obigen – zunächst nur für das Einkommen der einzelnen Wirtschaftssubjekte zutreffenden – Zusammenhänge auf das Nationaleinkommen übertragen werden sollen, wie dies *Keynes* – allerdings in unzulässiger Verallgemeinerung – tut. In diesem Falle ist nämlich die Größe γ – die als Mittelwert von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der betreffenden Volkswirtschaft abhängig ist – durch die Art der Einkommenschichtung in der Volkswirtschaft bestimmt.

Nimmt man eine Separation der Einkommen in verschiedene Einkommenschichten vor – die möglichst detailliert zu unterteilen sind – und ist E_{\max} das Einkommen der höchsten Einkommenschicht; bezeichnet man weiter die das Minimaleinkommen beziehende Personenzahl mit P_{\max} ; ist weiter E die jeweilige Höhe des Einkommens der betrachteten Einkommenschicht und P die dies Einkommen beziehende Personenzahl, so läßt sich, wenn man – auf Grund einer Transforma-

¹⁴ J. M. *Keynes*: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 98.

tion der Koordinaten – annimmt, daß für $P_{\max} E = 0$ und für $E_{\max} P = 0$ ist, die Beziehung

$$E = E_{\max} \cdot \left[1 - \left(\frac{P}{P_{\max}} \right)^\varepsilon \right] \quad (10)$$

angeben.

Je größer E ist, um so mehr Personen haben ein hohes Einkommen, um so größer sind daher auch die laufenden Ersparnisse in der betreffenden Volkswirtschaft, so daß also zwischen γ und E allgemein die Beziehung

$$\gamma = f \left(\frac{1}{\varepsilon} \right) \quad (11)$$

besteht.

Die für subjektive Einkommen gültige Verbrauchscharakteristik kann also nur dann auch ohne weiteres auf das laufende Nationaleinkommen übertragen werden, wenn bei einer Veränderung in der Höhe des laufenden Nationaleinkommens keine Veränderung der Einkommensschichtung stattfindet. Das mag als erste grobe Approximation im allgemeinen zutreffen, nicht aber auch grundsätzlich und insbesondere nicht, wenn das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen durch exogen bedingte Einflüsse – wie sie beispielsweise ein Krieg und seine wirtschaftlichen Folgewirkungen mit sich bringen kann – mehr oder weniger grundsätzlich gestört ist.

In solchen Fällen zeigen sich Abweichungen von der für normale Verhältnisse und unveränderte Einkommensschichtung gültigen Verbrauchscharakteristik derart, daß die jeweils gültige Verbrauchscharakteristik bei einer Steigerung vor allem der hohen Einkommen flacher, bei einer Steigerung vor allem der niedrigen Einkommen aber steiler verläuft als dies normalerweise der Fall ist.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Betrachtung des Nominaleinkommens und seiner Veränderung an Stelle der für das Einkommen eines einzelnen Wirtschaftssubjektes gültigen Einzelcharakteristik, ein Charakteristikenfeld anzugeben, das die für normale Verhältnisse gültige Verbrauchscharakteristik umgibt. Innerhalb dieses Kennlinienfeldes verlaufen dann die jeweils gültigen Charakteristiken für das laufende Nationaleinkommen bei den jeweils gültigen Einkommensschichtungen.

Trotz dieser Abweichungen kann natürlich grundsätzlich festgestellt werden, daß auch bei Berücksichtigung des laufenden Nationaleinkommens die Verbrauchsquote mit steigendem Nationaleinkommen abnimmt, und zwar ist diese Abnahme bei einer Steigerung der hohen Einkommen stärker als bei einer solchen der niedrigen Einkommen.

Die vorausgegangenen Betrachtungen zeigen, daß der Verbrauch bestimmt ist durch die Höhe des laufenden Einkommens – sowohl beim

einzelnen Wirtschaftssubjekt wie auch innerhalb der gesamten Volkswirtschaft – und, da der nicht dem Verbrauch gewidmete Teil des Einkommens gespart wird, so ist auch die Höhe der laufenden Ersparnisse lediglich eine Funktion der Höhe des laufenden Einkommens. Auf sie hat der Zins nur einen mittelbaren Einfluß, der sich aus dem eigentlichen Zweck der Ersparnis ergibt, und der hierdurch allerdings auch die Höhe der Verbrauchsquote des laufenden Einkommens beeinflusst, und zwar aus folgendem Grunde: Der Zweck der Ersparnis ist der, dafür zu sorgen, daß dem Einkommensempfänger auch in der Zukunft ein ausreichender Lebensstandard gesichert ist¹⁵. Soweit bei der Ersparnisbildung nicht das Leibrentenprinzip in Anwendung kommt – und das wird regelmäßig nicht der Fall sein – ist also die Höhe der laufenden Ersparnis durch den zu sichernden zukünftigen Lebensstandard insofern bestimmt, als die Höhe der schließlich zur Verfügung stehenden Ersparnis derart ist, daß ihre Verzinsung ein zur Sicherung des zukünftigen gewünschten Lebensstandards ausreichendes Einkommen garantiert.

Die Höhe der laufenden Ersparnis wird also insofern auch durch die Höhe des Lebensstandards bestimmt, als sie um so größer sein muß, je niedriger der Landeszinsfuß ist, und daß sie umgekehrt um so niedriger sein kann, je höher der Landeszinsfuß ist, wobei natürlich das Risikomoment entsprechend zu berücksichtigen ist. Insofern ist also auch die Höhe des Zinsfußes für die Höhe der laufenden Ersparnis mitbestimmend¹⁶.

Es ist aber grundsätzlich unrichtig, wenn man – wie dies auch der landläufigen Ansicht entspricht – annimmt, daß die Höhe der laufenden Ersparnis der Höhe des laufenden Zinsfußes proportional sei¹⁷. Dieser hat lediglich insofern einen gewissen Einfluß auf die Höhe der laufenden Ersparnis, als er eine Inkontinuität der Verbrauchsausgaben

¹⁵ So weist auch K. Wickseil (Vorlesungen über Nationalökonomie, Bd. I, a. a. O., S. 282) darauf hin, daß die Sicherung der zukünftigen Versorgung bestimmend für die Spartätigkeit ist. In ähnlichem Sinne äußert sich auch E. Lukas: Erwägungen über die Bestimmungsgründe des Kapitalzinses, Eheberg-Festgabe, Leipzig 1925, S. 61 ff.; siehe hierzu auch F. Homann: Das Sparen, Jena 1927, S. 62 ff.

¹⁶ Vgl. hierzu auch G. Cassel: Theoretische Sozialökonomie, 4. Aufl., Leipzig 1927, S. 212 ff.; siehe weiter auch H. D. Henderson: Angebot und Nachfrage, dtsh. v. F. Thalmann, 2. Aufl., Wien 1935, S. 115; Th. N. Carver: Die Theorie des Zinses, in „Wirtschaftstheorie der Gegenwart, herausg. v. H. Mayer, Bd. 3, Wien 1928, S. 160 ff.

¹⁷ Es ist daher auch durchaus unzutreffend, wenn Keynes (Vom Gelde, a. a. O., S. 164) die Ansicht vertritt: „Im Falle der Spartätigkeit ist die Wirkung einer Veränderung des Zinssatzes direkter und primärer Natur, und braucht nicht besonders erklärt zu werden ... Somit wird eine Erhöhung die direkte Tendenz haben, die Spartätigkeit zu erhöhen.“ Denn das ist nur kurzfristig und unter besonderen Bedingungen der Fall.

verursacht, um Zufallsgewinne mitnehmen zu können¹⁸; im übrigen aber hat er keinen Einfluß auf die Höhe der laufenden Ersparnis, sondern nur auf die Art der Verwendung dieser Ersparnisse¹⁹.

Unsere Betrachtungen über die zwischen Verbrauch und Einkommen bestehenden Zusammenhänge und Abhängigkeiten, wie sie ihren Ausdruck im „Gesetz vom abnehmenden Verbrauchszuwachs“ gefunden haben, zeigen auch den Zusammenhang, der zwischen dem Umfang des Verbrauchs und dem der Beschäftigung besteht, und zwar lassen sich hier zunächst die folgenden grundsätzlichen Feststellungen treffen:

Da der dem Verbrauch gewidmete Teil des laufenden Einkommens der Anschaffung von Verbrauchsgütern dient, so wird der Umfang der Verbrauchsgütererzeugung und damit auch der Umfang der Beschäftigung in der Verbrauchsgüterindustrie um so größer sein, je größer der dem Verbrauch gewidmete Teil des laufenden Einkommens ist. Umgekehrt wird eine niedrige Verbrauchsquote des laufenden Einkommens, die nur eine entsprechend niedrige Nachfrage nach Verbrauchsgütern beinhaltet, auch nur eine entsprechend niedrige Verbrauchsgütermenge bedingen, also auch nur einen entsprechend niedrigen Umfang der Beschäftigung in der Verbrauchsgütererzeugung erfordern.

Die Problematik, die hinsichtlich des Umfanges der Beschäftigung besteht, ist also – soweit dies die voraufgegangenen Betrachtungen bereits erkennen lassen – die, Mittel und Wege zu finden, den ersparten Teil des laufenden Einkommens so zu verwenden, daß der Umfang der Beschäftigung in der Verbrauchsgütererzeugung derart ist, daß deren Erzeugungskapazität möglichst optimal ausgenutzt ist. Wie diese Problematik grundsätzlich zu lösen ist und welche weiteren Gesichtspunkte hierbei zu berücksichtigen sind, werden die folgenden Betrachtungen erkennen lassen.

3. Ersparnis und Investition

Die zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Zusammenhänge, die für die Erkenntnis des Beschäftigungsproblems ebenso wie

¹⁸ Keynes (ebenda) unterscheidet hier nicht zwischen der auf die Spartätigkeit bestehenden reziproken Einflußmöglichkeit des langfristigen Kapitalzinses (je niedriger der Kapitalzins ist, um so mehr muß bei gleichem Zinsertrage gespart werden) und dem proportionalen Einfluß kurzfristiger Änderungen der Bankrate (Beträge, die an sich noch nicht verwendet werden sollen, werden zur Mitnahme von Zinsgewinnen kurzfristig angelegt).

¹⁹ Die hier bestehenden Zusammenhänge umreißt A. Mahr (Zinshöhe, Sparen und Kapitalbildung, ZfN., Bd. 10, 1943, S. 375) wie folgt: „Das Ausmaß der Ersparung ist ... in erster Linie von der Höhe der Einkommen und nicht vom Zinsfuß abhängig. Der Zinsfuß ist jedoch ... unter Umständen von ausschlaggebender Bedeutung für die Verwendung der Ersparnisse.“

auch für seine Beherrschung von besonderer Bedeutung sind und über die im Anschluß an die Untersuchungen von Keynes²⁰ ausführlich diskutiert worden ist²¹, wurden erstmalig in größerer Ausführlichkeit von J. Wilson unter Berücksichtigung auch des Umfanges der Beschäftigung betrachtet²². Bei seinen Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, daß Realinvestitionen nur in dem Umfange ohne Störungen des wirtschaftlichen Ablaufes durchgeführt werden können, in dem ihre Produktionsfaktoren nicht zur Erzeugung von Verbrauchsgütern zum Zwecke der Reproduktion des „Lohnfonds“ (floating capital) beansprucht werden, so daß also der Umfang der Beschäftigung durch die Höhe des Lohnfonds bzw. durch die zu seiner Reproduktion erforderlichen Aufwendungen bestimmt wird²³. Das bedeutet monetär, daß Realinvestitionen – sollen Störungen vermieden werden – nur aus laufenden Ersparnissen, nicht aber auch mit Hilfe „zusätzlichen“ Kredits finanziert werden dürfen.

Der Umfang der Realinvestitionen und der Umfang ihrer Beschäftigung wird daher bestimmt durch den Umfang der laufenden Ersparnisse als monetärer Ausdruck der Reproduktion des Lohnfonds. Das bedeutet natürlich auch, daß eine Verminderung im Umfange der Beschäftigung in der Realinvestierung, die derart ist, daß die laufenden Ersparnisse die Beanspruchung des Lohnfonds durch die Produk-

²⁰ Vgl. J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O.

²¹ Aus der Vielzahl von Veröffentlichungen seien hier nur genannt:

M. Curtis: Is money Saving Equal to Investment? QJ., vol. 51, 1937; H. Drahota: Sparen, Horten und Zins in der modernen Geldtheorie, Jena 1941; J. M. Keynes: Mr. Robertson on „Saving and Hoarding“, EJ., vol. 43, 1933; C. Krämer: J. M. Keynes über Kapitalersparung und -anlegung, Sch. Jb., Bd. 61, 1937; W. Lautenbach: Über Kredit und Produktion, a. a. O., derselbe: Zur Zins-theorie von John Maynard Keynes, WA., Bd. 45, 1937; A. P. Lerner: Saving equals Investment, QJ., vol. 52, 1938; E. Lukas: Sparen und Investieren, in Dtsch. Geldpol., herausg. v. H. Frank, Berlin 1941; F. A. Lutz: The Outcome of Saving-Investment Discussion, QJ., vol. 52, 1938; E. Preiser: Sparen und Investieren, Jb. f. NSt., Bd. 159, 1944; D. H. Robertson: Saving and Hoarding, EJ., vol. 43, 1935; E. Schneider: Ersparnis und Investition in der geschlossenen Volkswirtschaft, ds. H., Bd. 7, 1943.

²² Vgl. J. Wilson: Capital, Currency and Banking, London 1847.

²³ Hierzu meint J. Wilson (ebenda, pg. 125): „Es ist völlig klar, daß kein Gemeinwesen ohne die größten Unbequemlichkeiten und Verwirrungen sein fixes Kapital stärker anwachsen lassen kann, als es fähig ist, Arbeit bei der Erzeugung solcher Güter zu sparen, auf die das Gemeinwesen hinsichtlich der Befriedigung seines täglichen Unterhaltes angewiesen ist. Unter allen Umständen kann das nur der Betrag an Arbeit sein, über den die Sparer des Landes verfügen und den sie aufbringen können, welcher der Steigerung im Umfange des fixen Kapitals dienen kann.“

tionsfaktoren der Realinvestierungen überkompensieren, ebenfalls zu Störungen des wirtschaftlichen Ablaufes führen muß.

Störungen des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens und damit verbundene Änderungen im Umfange der Beschäftigung werden daher immer dann auftreten, wenn Divergenzen zwischen dem Umfange der laufenden Ersparnis und dem der laufenden Realinvestierungen entstehen²⁴.

Später haben u. a. L. Walras²⁵ und insbesondere auch K. Wicksell mit seinem „kumulativen Prozeß“²⁶ die Dynamik des wirtschaftlichen Ablaufes auf Grund von Abweichungen zwischen dem Umfange der laufenden Ersparnis und dem der laufenden Investition zu erklären versucht. Auch L. v. Mises²⁷, F. A. Hayek²⁸, R. v. Strigl²⁹ u. a. sind hier zu nennen, in gleichem Sinne sieht Spiethoff die Hauptursache von Störungen des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens in auftretenden Diskrepanzen zwischen der „Hervorbringung der Güter des mittelbaren Verbrauchs“ (Investition) und der Bildung von „Erwerbskapital“ (Ersparnis)³⁰.

Auch Keynes hat die Schwankungen im wirtschaftlichen Ablauf zunächst ebenfalls auf die Tatsache des Bestehens eines Unterschiedes zwischen dem Umfang der laufenden Ersparnis und dem der laufenden Investition zurückgeführt und hierauf auch seine Konjunkturtheorie aufgebaut, derart, daß ein konjunktureller Aufschwung darin zum Ausdruck kommt, daß der Umfang der Realinvestierungen

²⁴ Vgl. ebenda, pg. 151 ff.

²⁵ Vgl. hierzu L. Walras: *Etudes d'Economie Politiques appliquées*, Lausanne 1898; siehe hierzu auch C. Bresciani Turrone: *The Theory of Saving*, Eca, NS., vol. 3, 1938, pg. 318.

²⁶ Vgl. K. Wicksell: *Geldzins und Güterpreise*, Jena 1898.

Hierbei geht Wicksell allerdings von der irrealen Annahme permanenter Vollbeschäftigung bei veränderlicher Geldmenge aus; er nimmt also an, daß „das Banksystem seine Kreditbedingungen unverändert hält“ (G. Myrdal: a. a. O., S. 425); im Gegensatz beispielsweise zu J. M. Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 141), der von einer gegebenen Geldmenge und veränderlichem Umfang der Beschäftigung ausgeht.

Siehe hierzu auch W. Lautenbach: *Zur Zinstheorie von John Maynard Keynes*, WA., Bd. 45, 1937, S. 501 ff.; siehe weiter auch F. A. Hayek: *Reflections on the Pure Theory of Money of Mr. J. M. Keynes*, Eca., vol. 11, 1931; derselbe: *The Pure Theory of Money, a Rejoinder*, ebenda.

²⁷ Vgl. L. v. Mises: *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, München und Leipzig 1912.

²⁸ F. A. Hayek: *Preise und Produktion*, Wien 1931.

²⁹ R. v. Strigl: *Kapital und Produktion*, Wien 1934.

³⁰ Vgl. A. Spiethoff: Artikel „Krisen“ im *Hwb. d. Stw.*, 4. Aufl., Bd. 6, Jena 1925, S. 76.

den der laufenden Ersparnis übersteigt, wobei er den Überschuß des Wertes der Investition über die Ersparnisse als „Gewinne“ bezeichnet, während ein konjunktureller Abstieg darin zum Ausdruck kommt, daß der Umfang der laufenden Ersparnis den der laufenden Realinvestitionen unterschreitet, wobei er den Überschuß der laufenden Ersparnis über die laufende Investition „Verluste“ nennt³¹.

Die Stabilität des wirtschaftlichen Kreislaufes ist dann für Keynes durch den „Nullstand der Gewinne“ gekennzeichnet, der dann vorliegt, wenn die laufende Ersparnis gleich der laufenden Investition ist, was immer dann zutrifft, wenn die Realinvestierungskosten gleich sind dem Wert der Realinvestierung³².

In seiner „Allgemeinen Theorie“ kommt dann Keynes auf Grund eines anderen Einkommensbegriffes³³, den er früher allerdings als paradox bezeichnet hatte mit der Begründung, daß dabei, das gesamte Sparvolumen . . . sein Dasein als unabhängiger Faktor verlieren“ würde³⁴ und der darin zum Ausdruck kommt, daß er die früher von ihm als selbständige Faktoren behandelten „Gewinne“ und „Verluste“ nunmehr dem Einkommen zurechnet, zu einer anderen Einstellung hinsichtlich der zwischen Einkommen und Investition bestehenden Zusammenhänge; und zwar ist er nunmehr der Ansicht, daß „das Überwiegen der Vorstellung, daß Ersparnis und Investition . . . voneinander abweichen können . . . durch eine optische Täuschung erklärt werden“ müßte³⁵. Dieser Wandel in seiner Anschauung zeigt sich

³¹ Vgl. J. M. Keynes: Vom Gelde, a. a. O., S. 112 f., S. 124 f.

Auf den Widersinn der Keynes'schen „Grundgleichungen des Geldes“, der darin liegt, daß in ihr die „Gewinne“ und „Verluste“, als welche Keynes den Überschuß bzw. den Unterschluß der Investition über bzw. unter die Ersparnisse bezeichnet, den Preis bestimmen, dessen Folge sie erst sind, haben beispielsweise D. H. Robertson (Mr. Keynes' Theory of Money, EJ., vol. 41, 1931, pg. 407) ebenso wie auch V. F. Wagner (Geschichte der Kredittheorien, Wien 1938, S. 416) hingewiesen. So stellt V. F. Wagner (ebenda) insbesondere hierzu fest; daß „z. B. die Verluste der Konsumgüterproduzenten, die als Folge eines Überschusses der Ersparnisse über die Investitionen eintreten, notwendig identisch [sind] mit jenem Ersparnisüberschuß, dessen Folge sie sind, denn nur wenn sie als Ersparnisse betrachtet werden, kommt es überhaupt zu einem solchen Überschuß. Diese Verluste gelten somit als Ersparnisse. Die Gewinne der Produzenten von Verbrauchsgütern hingegen, die als Folge eines Überschusses der Investitionen über die Ersparnisse entstehen, weil trotz sinkendem Sozialprodukt die Verbrauchsquote der Einkommen unverändert bleibt, sind identisch mit dem Überschuß der Investitionen, dessen Folge sie sind. Sie gelten als Investitionen.“

³² Siehe ebenda.

³³ Vgl. J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 66 f.

³⁴ Vgl. J. M. Keynes: Vom Gelde, a. a. O., S. X.

³⁵ J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 71.

darin, daß er Ersparnis und Investition einfach einander gleich definiert³⁶.

Diese Art der Determinierung ist allerdings das Ergebnis einer durchaus oberflächlichen Analyse der den wirtschaftlichen Ablauf tatsächlich bestimmenden Faktoren. In ihr kommt im Grunde der gleiche Fehler zum Ausdruck, der auch seine früheren Untersuchungen „Vom Gelde“ kennzeichnet und der einfach darauf beruht, daß er eine andere Verwendungsmöglichkeit der Ersparnisse als die der Investierung gar nicht kennt³⁷, eine Tatsache, die ihn naturgemäß zu einer Reihe unrichtiger Schlußfolgerungen führen muß, die das Gesamtbild wesentlich, um nicht zu sagen entscheidend entstellen³⁸.

Allerdings besteht hinsichtlich der zwischen Sparen und Investieren möglichen Unterschiedlichkeiten auch bei *Wicksell* durchaus keine ausreichende Klarheit. Das beruht einmal darauf, daß er niemals klar angegeben hat, was er eigentlich unter „Sparen“ versteht; es ergibt sich aber andererseits aus seiner güterwirtschaftlichen Betrachtungsweise, in deren Rahmen naturgemäß nur ein *güterwirtschaftliches* Sparen

³⁶ *Keynes* („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 55) sagt hierzu: „Vorausgesetzt, daß wir übereinstimmen, daß das Einkommen gleich dem Werte der laufenden Produktion ist, daß die laufende Investition gleich dem Werte der laufenden Produktion ist, der nicht verbraucht wird, und daß die Ersparnis gleich dem Überschuß des Einkommens über den Verbrauch ist — was alles mit dem gesunden Menschenverstand und mit dem überlieferten Gebrauch der großen Mehrzahl der Ökonomen vereinbar ist —, folgt die Gleichheit der Ersparnis und der Investition mit Notwendigkeit.“

Demgegenüber sagt *Keynes* in seinen früheren Untersuchungen (Vom Gelde, a. a. O., S. 141): „Man könnte vermuten — und das ist häufig geschehen —, daß die Höhe der Investition notwendigerweise gleich der Höhe der Ersparnisse ist. Aber wir werden sehen, daß dies nicht der Fall ist.“

³⁷ Das zeigt eindeutig seine Ansicht (ebenda), „daß die laufende Investition gleich dem Wert der laufenden Produktion ist, der nicht verbraucht wird.“

Wir stimmen daher sowohl *G. Haberler* (Some Comments on Mr. Kahn's Review of Prosperity and Depression, *EJ.*, vol. 48, 1938), ebenso wie auch *R. G. Hawtrey* (Capital and Employment, London 1937, pg. 174; siehe auch derselbe: Alternative Theories of the Rate of Interest, *EJ.*, vo. 47, 1937, pg. 437) zu, wenn sie darauf hinweisen, daß *Keynes* Ersparnis und Investition identisch als den Wert des nicht dem Verbrauch gewidmeten Teils des Einkommens definiert.

³⁸ Auf die — bereits in den Untersuchungen „vom Gelde“ zu beobachtende — Methode durchaus unzulässiger integrativer Betrachtungsweise, wie sie die „Allgemeine Theorie „*Keynes'* besonders kennzeichnet, und die ihn daher auch naturgemäß zu unrichtigen Schlüssen führen muß, macht auch *V. F. Wagner* (Geschichte der Kredittheorien, Wien 1938, S. 415 f.) aufmerksam, wenn er feststellt: „Da in der Gleichung das Zeitmoment wegfällt, diese vielmehr alle Phasen des Vorgangs synchronisiert, Anfang und Ende des Prozesses also zusammenfallen, so gelangt *Keynes* nicht nur zu ganz widersinnigen Definitionen des Einkommens, Sparens und Investierens, sondern namentlich auch zu einer durchaus unzulänglichen und fragwürdigen Analyse der dynamischen Bewegungen.“

möglich sein kann, das dann mit Realinvestieren gleichgesetzt ist. „Man übernimmt“ – um mit *Myrdal* zu sprechen – „hier einen Gedankengang unverändert aus der Theorie der ‚relativen‘ Preise oder der Tauschwertlehre, wo man ja von der Geldproblematik abstrahiert und deshalb nicht zwischen Sparen und Realinvestieren zu unterscheiden braucht.“

Um in diesen Fragen zu klaren Ergebnissen zu kommen, müssen zunächst einmal die grundsätzlichen Verwendungsmöglichkeiten der Ersparnisse festgestellt werden. Ersparnisse können, um das kurz zu sagen³⁹

1. g e h o r t e t werden, und zwar ist dies möglich
 - a) in Form von Bargeldbeträgen in den Kassen der Sparer und
 - b) in Form von Geldkapital als Guthaben bei den Banken;
2. i n v e s t i e r t werden, und zwar entweder
 - a) unmittelbar durch die Sparer selber oder
 - b) mittelbar durch die Banken.

Güterwirtschaftlich entsprechen diesen monetären Kategorien⁴⁰

1. die a u f L a g e r gehaltenen Güter, und zwar zu
 - a) Güter „erster Ordnung“ und zu
 - b) Güter „höherer Ordnung“ und
2. die R e a l i n v e s t i e r u n g e n, und zwar zu
 - a) im unmittelbaren Besitz der Sparer und zu
 - b) im Besitz der Banken.

Wenn *Keynes* meint, daß die Vorstellung, Ersparnis und Investition könnten voneinander abweichen, darauf beruhe, daß diese Ansicht „die Beziehung eines einzelnen Einzahlers zu seiner Bank als einen einseitigen Abschluß erscheinen läßt, statt als das zweiseitige Geschäft, das sie tatsächlich ist“⁴¹, so kommt gerade hierin die Oberflächlichkeit seiner Analyse besonders zum Ausdruck, denn sie berücksichtigt nicht die oben angegebenen Unterschiedlichkeiten.

³⁹ Es kann, wie *H. Gestrich* (*Kredit und Sparen*, Jena 1944, S. 62 f.) sagt, „in sehr verschiedenen Formen gespart werden. Es kann jemand sparen, indem er sein bares Geld in den sattsam bekannten Strumpf oder ein sonst geeignetes Behältnis hineintut. Moderner gesinnte Sparer werden ihr Geld auf die Sparkasse tragen. Andere unterhalten sowieso ein Bankkonto und sparen einfach in der Form, daß sie weniger Geld von diesem Bankkonto abdisponieren, also einfach die Bankguthaben anwachsen lassen. Wieder andere halten es für richtig, ihre Ersparnisse in Wertpapieren oder Hypotheken anzulegen oder sich womöglich selbst direkt an einer Unternehmung zu beteiligen.“

⁴⁰ Vgl. hierzu auch *A. Forstmann*: *Volkswirtschaftliche Theorie des Geldes*, a. a. O., S. 239 ff.

⁴¹ *J. M. Keynes*: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 71.

Die hier relevanten Zusammenhänge lassen sich am besten durch jene Unterschiedlichkeiten der Liquiditätszusammenhänge kennzeichnen, wie sie G e s t r i c h festgestellt hat, wenn er zwischen der „rechnungsmäßigen Liquidität“ und der „immanenten Liquidität“ unterscheidet. Unter dem ersten Begriff versteht G e s t r i c h den üblichen Liquiditätsbegriff, während er unter letztgenannter Bezeichnung auch den üblichen Liquiditätsbegriff, aber unter Berücksichtigung der Umschlagsgeschwindigkeit der Bankkonten versteht⁴², so daß also eine Verbesserung der immanenten Liquidität bei gleicher rechnungsmäßiger Liquidität eine Erhöhung und eine Verschlechterung dieser Liquidität eine Verminderung der Umschlagsgeschwindigkeit der Konten zum Ausdruck bringt; das bedeutet in erstgenanntem Falle eine Beschleunigung, im letztgenannten eine Stockung der Umsätze.

Für die Gestaltung des Beschäftigungsumfanges ist dies deshalb von Wichtigkeit, weil „der Gesamtaufwand für den Ankauf von Arbeitsleistungen der Produktivkräfte ... sich nicht deshalb [verringert], weil die Höhe der Bankeinlagen sich geändert hat, sondern weil die Geschwindigkeit, mit der sie in Einkommen umgesetzt wird, sich verlangsamt hat. Dieser Verlangsamungsprozeß ist, wenn jeder sein Teil dazu beiträgt, keinerlei automatischer Berichtigung durch die Banktätigkeit unterworfen. Aus diesem Grunde ist während der Depression das Verhältnis des gesamten Geldeinkommens [als Ausdruck des Beschäftigungsumfanges] zu den gesamten Bankeinlagen viel kleiner als in einem Abschnitt der Geschäftsbelebung. Das ist für den gesunden Menschenverstand leicht begreiflich. Denn wäre jene populäre Theorie richtig, wonach die Verkleinerung der Geldausgaben einer Person eine entsprechende Vergrößerung der Geldausgaben einer anderen Person zur Folge hat, dann würden die Schwankungsprozesse, die jeder aus Erfahrung kennt, a priori unmöglich sein“⁴³, wie das auch der Theorie Keynes' entspricht, die ja keinen Unterschied zwischen jenen aktiven und daher allein wirklichen Realinvestierungen, die zu einer Erhöhung der Umschlagzeiten als Ausdruck einer Steigerung im Umfange der Beschäftigung führen, und jenen passiven Investierungen der Lagerbildungen kennt, die eine Verlangsamung der Umschlagzeiten als Ausdruck von „Durchhaltecrediten“ bedingen, da durch sie keine Steigerung der Einkommen als Ausdruck einer entsprechenden Steigerung im Umfange der Beschäftigung bewirkt werden kann.

⁴² Vgl. H. G e s t r i c h: a. a. O., S. 64.

⁴³ A. C. P i g o u: Praktische Fragen der Volkswirtschaft, dtsh. v. K. Klügmann, Jena 1937, S. 30 f. (Sperrung von uns.)

Die von Keynes und seinen Anhängern behauptete bedingungslose Übereinstimmung von Investition mit Ersparnis, die im wesentlichen darauf beruht, daß – unter Vernachlässigung des Zeitmoments – sukzessiv sich abspielende Vorgänge so behandelt werden, als ob sie sich simultan vollzögen, impliziert naturgemäß die weitere – allerdings von Keynes und seinen Anhängern nicht gezogene – Konsequenz, daß es in einem solchen Falle weder eine inflatorische noch eine deflatorische Entwicklung und damit auch keine Konjunkturen geben kann.

Die Problematik besteht hier also darin, jene Einflüsse festzustellen, durch die Ersparnis und Investition miteinander in Einklang gebracht werden, und zwar in bezug auf das Beschäftigungsproblem so in Einklang gebracht werden, daß die Umschlagsgeschwindigkeit die möglichen Höchstwerte erreicht. Zur Erkenntnis der hier bestimmenden Einflüsse ist es erforderlich jene Kräfte zu betrachten, durch die Angebot und Nachfrage nach Kapital bzw. nach „Kapitaldispositionen“ als Ausdruck mobilen Geldkapitals bestimmt werden.

Das Angebot von Kapital ist bestimmt durch den Umfang der laufenden Ersparnisse, zu denen auch die Unternehmerersparnisse aus der laufenden Erzeugung gehören, soweit sie aktiviert sind. Die Höhe der Ersparnis aber ist – unabhängig von der Höhe des Marktziinsfußes – entsprechend dem Gesetz vom abnehmenden Verbrauchszuwachs bestimmt durch die Höhe des laufenden Einkommens, und – da die Höhe des laufenden Einkommens repräsentativ für den Umfang der Beschäftigung ist – durch den Umfang der laufenden Erzeugung.

Die Nachfrage nach Kapital ist ihrerseits bestimmt durch die unternehmerischen Antizipationen, die ihren Ausdruck in der Höhe des „virtuellen“ Zinses, d. h. jener Verzinsung finden, die die Unternehmer aus der Verwendung des Kapitals im Rahmen ihres wirtschaftlichen Handelns glauben erwarten zu können⁴⁴, und der naturgemäß für die einzelnen Unternehmer verschieden ist, eine Tatsache, die Keynes durch seine „Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ zum Ausdruck gebracht hat⁴⁵; – wenn diese „Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ als solche auch auf die Unternehmungen und nicht auf die Unternehmer abgestellt ist.

Die Unternehmer werden nur dann und nur solange eine Nachfrage nach Kapitaldispositionen aktivieren, solange ihr jeweiliger individuell bestimmter „virtueller“ Zins oberhalb des „Marktziinsfußes“ liegt, der im wesentlichen durch die Höhe des laufenden Diskontsatzes repräsentiert bzw. bestimmt wird. Hieraus ergeben sich für die

⁴⁴ Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur monetären Gleichgewichtsproblematik, a. a. O.

⁴⁵ Vgl. hierzu J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 114 ff.

Theorie des Zinses die folgenden auch für das Beschäftigungsproblem wichtigen Tatsachen:

Je stärker die Nachfrage nach Kapitaldispositionen ist, um so mehr wird der „Marktzinsfuß“ ansteigen; dadurch werden immer mehr Unternehmer von der Zuteilung von Kapitaldispositionen ausgeschlossen, und zwar sind das immer diejenigen Unternehmer, deren jeweiliger subjektiver „virtueller“ Zins von dem ansteigenden „Marktzinsfuß“ erreicht bzw. überschritten wird. Auf diese Weise wird der Umfang der Zuteilung von Kapitaldispositionen durch das Ansteigen des „Marktzinsfußes“ soweit eingeschränkt, bis die wirksame Nachfrage dem bestehenden Kapitalangebot angepaßt ist.

Die volkswirtschaftliche Funktion des Zinses liegt also darin, die Höhe der vom jeweiligen individuell bestimmten „virtuellen“ Zins abhängigen wirksamen Nachfrage nach Kapitaldispositionen dem durch das Gesetz vom abnehmenden Verbrauchszuwachs im Rahmen der Höhe des laufenden Einkommens und damit auch des laufenden Beschäftigungsumfanges bestimmten und hierdurch gegebenen Angebot von Kapitaldispositionen anzupassen.

Der auf diese Weise durch den Ausgleich von Angebot und Nachfrage von Kapitaldispositionen – oder anders ausgedrückt von Ersparnis und Investition – bestimmten „Gleichgewichtszins“, den die „klassische“ Nationalökonomie den „natürlichen“ Zins nennt⁴⁶, und den *Wicksell* als den „normalen oder natürlichen (realen) Zins“ bezeichnet⁴⁷, ist also die Resultierende aus dem Umfange der „ex-post“-Kategorie der Ersparnisse einerseits und der „ex-ante“-Kategorie der Erträge andererseits. Leihen die Banken unter diesem Satze aus, so können sie das nur durch Schaffung „zusätzlichen“ Kredits, also auf dem Wege einer grundsätzlich inflatorischen Entwicklung⁴⁸, deren

⁴⁶ Vgl. hierzu beispielsweise *D. Ricardo*: *On the High Price of Bullion, A Proof of the Depreciation of Bank Notes*, 3rd ed., London 1810; derselbe: *Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung*, dtsh. v. *H. Waentig*, 3. Aufl., Jena 1923.

⁴⁷ Hierzu meint *K. Wicksell* (*Geld und Kredit*, dtsh. v. *M. Langfeld*, 2. Aufl., Jena 1928, S. 220), daß „der Zinsfuß, bei welchem die Nachfrage nach Darlehenskapital und der Vorrat an ersparten Mitteln sich gerade miteinander decken und der also dem erwarteten Ertrag der neugebildeten Kapitale mehr oder weniger entspricht, ... der normale oder natürlich (reale) Zins“ ist.

⁴⁸ Hierzu sagt *D. Ricardo* (*Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung*, a. a. O., S. 373): „Die Darlehns Gesuche bei der Bank hängen ... von dem Vergleich zwischen der Profitrate ab, welche sich bei der Anlage des Geldes erzielen läßt, und der Rate, zu welcher sie es zu leihen bereit ist. Fordert sie weniger als die Marktrate des Zinses, so gibt es keinen Geldbetrag, den sie nicht ausleihen könnte.“

Siehe hierzu auch *H. Thornton*: *An Enquiry into the Nature and Effects of the Paper Credit of Great Britain*, London 1802, pg. 287.

hier interessierender Sinn in der durch sie bedingten Entstehung der „ex-ante“-Kategorie der „Zwang ersparnis“, aber auch der Schaffung echter Ersparnisse auf Grund der durch sie verursachten Steigerung im Umfange der laufenden Einkommen liegt, wie dies noch zu zeigen sein wird⁴⁹.

Da alle Zwiespältigkeiten, Irrtümer und Mißverständnisse, die die „Allgemeine Theorie“ von *Keynes* aufweist, bzw. zu denen sie führt, im wesentlichen ihren Ursprung in seinen Ansichten über die zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Zusammenhänge haben, so scheint es mit Rücksicht auf die Vermeidung von Irrtümern – nicht nur in der Beurteilung der *Keynes*schen Theorie, sondern in der aller dieser Fragen überhaupt – erforderlich, die zwischen Ersparnis und Investition bestehenden grundsätzlichen Beziehungen – wenn auch natürlich nur auf das wesentlichste beschränkt – unter besonderer Berücksichtigung auch der zwischen „ex-post“- und „ex-ante“-Kategorie bestehenden Unterschiedlichkeiten zu betrachten.

Die Tatsache, daß Störungen im wirtschaftlichen Ablaufe, wie oben bereits ausführlich dargelegt wurde, ihren besonderen Ausdruck in einer zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Divergenz finden, unterstellt – da es sich hier ja um Vergleiche mit einer Gleichgewichtslage handelt – naturgemäß Unveränderlichkeit der „potentiellen“ Faktoren, also güterwirtschaftlich der „Läger“ und geldseitig der „Horte“, die als solche insbesondere „inaktiv“ in bezug auf den Umfang der Erzeugung und damit auch den der Beschäftigung sind, und auf deren Bedeutung für die Beurteilung gerade auch der hier interessierenden Fragen insbesondere *R. G. Hawtrey* immer wieder mit Nachdruck hingewiesen hat⁵⁰; und sie unterstellt zum anderen ebenso selbstverständlich Unveränderlichkeit der Preise, durch die ja Ersparnis und Investition aneinander angepaßt werden. Denn eine Störung im wirtschaftlichen Ablauf als Ausdruck eines Ungleichgewichts des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens äußert sich naturgemäß in einer Veränderung entweder dieser „potentiellen“ Faktoren oder aber der Preise.

Darauf allein aber kommt es an; denn die Tatsache, daß wirksame Ersparnis und wirksame Investition – nicht Ersparnis und Investition schlechthin – miteinander übereinstimmen, ist ebenso selbstverständlich zutreffend wie die Tatsache, daß die Zahlungsbilanz eines Landes als Ausdruck der wirksamen Nachfrage und des wirksamen Angebotes an ausländischen Zahlungsmitteln immer

⁴⁹ Vgl. hierzu auch *A. Hahn*: a. a. O., S. 140 f.; siehe auch derselbe: *Geld und Kredit*, Bd. 2, Tübingen 1929, S. 149 ff.

⁵⁰ Vgl. hierzu auch *R. G. Hawtrey*: *Capital and Employment*, London 1937, pg. 176 ff.; siehe auch derselbe: *Good and bad Trade*, London 1926, pg. 61 ff.

ausgeglichen ist. Aber ebensowenig, wie dieser Ausgleich an sich, sondern vielmehr die Frage interessiert, ob dieser Ausgleich bei unverändertem oder bei verändertem Werte des intervalutarischen Kurses der Währung zustande kommt, interessiert im Falle der zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Beziehungen die Tatsache des Ausgleichs zwischen diesen beiden Größen an sich, sondern vielmehr die Frage, ob dieser Ausgleich bei Unveränderlichkeit der „potentiellen“ Faktoren und der Preise erfolgt oder ob das nicht der Fall ist. Denn der erstgenannte Fall kennzeichnet ein Gleichgewicht, der letztgenannte aber ein Ungleichgewicht des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens. Wenn Keynes daher in seiner „Allgemeinen Theorie“ von der Unterstellung des Ausgleichs zwischen Ersparnis und Investition schlechthin ausgeht, so hat diese Unterstellung keinen anderen Erkenntniswert als den, der darin liegt, daß die Zahlungsbilanz eines Landes immer ausgeglichen sein muß. Damit ist aber für die Lösung aller hier relevanten Probleme nicht das mindeste getan.

Die Nichtberücksichtigung dieser Tatsachen ist es daher auch, die die Erklärung der wichtigsten Zusammenhänge und Vorgänge des wirtschaftlichen Ablaufes und der Einflüsse der ihn bestimmenden Faktoren verhindert oder erschwert, und beispielsweise nicht nur die Unterscheidung zwischen einer als „gelingen“ zu bezeichnenden Investition und einer „Fehlinvestition“ – die in dem Umfange vorliegt, in dem die Kosten der Realinvestierungen ihren Preis übersteigen – unmöglich macht, sondern auch zu einer Reihe von Irrtümern Veranlassung gibt und auch geben muß, denen Keynes daher auch in mehr oder weniger großem Umfange unterliegt.

Von besonderem Interesse ist hier auch die von ihm aufgestellte Zinstheorie und ihr Verhältnis zu den zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Beziehungen. Bei ihr geht Keynes zunächst von der Annahme aus, daß zwar die Höhe der Ersparnis von der Höhe des Einkommens abhängig ist, daß aber andererseits die Höhe des Einkommens – und damit auch die der Ersparnis – vom Umfange der Realinvestierungen bestimmt würde, so daß also die Ersparnis niemals die Höhe des Zinses bestimmen könnte, der nach Ansicht der „klassischen“ Theorie Angebot und Nachfrage nach Kapital miteinander ins Gleichgewicht bringt.

Auch bei dieser Beurteilung des zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Zusammenhanges vernachlässigt Keynes – ähnlich wie auch in manchen anderen Fällen – völlig den Einfluß des Zeitmomentes und unterliegt dabei insbesondere dem Irrtum der Nichtunterscheidung zwischen „ex-post“- und „ex-ante“-Kategorie der

Ersparnisse⁵¹. Er kommt dadurch zu der Ansicht, daß die Realinvestitionen über die sich aus ihnen ergebenden Einkommen ihrer Produktionsfaktoren jene Ersparnis bestimmen würde, die zu ihrer Durchführung erforderlich ist. Das ist natürlich ein grundsätzlicher Irrtum insofern, als diejenigen Ersparnisse, die die Höhe des Angebotes an Kapital bestimmen, mit dessen Hilfe die Realinvestitionen durchgeführt werden sollen, – im Rahmen des „vermittelnden“ Kredits – die „ex-post“-Kategorie vergangener Ersparnisse repräsentieren und nicht, wie Keynes annimmt, die „ex-ante“-Kategorie der zukünftigen Ersparnisse. Das ist auch ganz natürlich; denn diejenigen Ersparnisse, die aus dem Einkommen gemacht werden sollen, das sich als Entlohnung der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen und derjenigen Erzeugungsarten bildet, die sich als multiplikative Konsekwitativwirkungen dieser Realinvestitionen erst in der Zukunft ergeben, können nicht bereits in der Gegenwart zur Finanzierung jener Investitionen herangezogen werden, aus deren zukünftigen Einkommenszahlungen sie erst gemacht werden sollen⁵².

Keynes unterliegt hier dem gleichen grundsätzlichen Irrtum, der in seinen „Grundgleichungen des Geldes“ darin zum Ausdruck kommt, daß nach diesen Gleichungen das Preisniveau durch den Umfang jener „Gewinne“ und „Verluste“ bestimmt ist, die erst das Ergebnis dieser Preise sind⁵³, die sie bestimmen sollen⁵⁴.

Die Unklarheiten über die zwischen der „ex-post“- und der „ex-ante“-Kategorie der Ersparnisse bestehenden Unterschiedlichkeiten⁵⁵ beruhen zweifellos nicht zuletzt auch darauf, daß man sich über Sinn

⁵¹ Vgl. hierzu G. Myrdal: a. a. O., S. 394 f.; siehe weiter auch B. Ohlin: Some Notes on the Stockholm Theory of Saving and Investment, EJ., vol. 47, 1937; derselbe: Alternative Theories of the Rate of Interest, EJ., vol. 47, 1937; E. Lundberg: Studies in the Theory of Economic Expansion, London 1937; E. Lindahl: Studies in the Theory of Money and Capital, London 1939; J. M. Keynes: Alternative Theories of the Rate of Interest, EJ., vol. 47, 1937; derselbe: The „Ex-ante“-Theory of the Rate of Interest, EJ., vol. 47, 1937.

⁵² In diesem Sinne stellt daher auch D. H. Robertson (Some Notes on Mr. Keynes' General Theory of Employment, QJ., vol. 51, 1937, pg. 185) fest: „Es ist ganz zweifellos zutreffend, daß in einem Gemeinwesen, in dem der Reichtum zunimmt, die Höhe des Angebots an Ersparnissen von der Höhe der in der Vergangenheit gemachten Ersparnisse abhängt. Es ist stets mit Nachdruck betont worden, daß der Umfang der Ersparnisse von der Fähigkeit und dem Willen zu sparen zum Teil von der Wirksamkeit vergangener Ersparnisse abhängt.“

⁵³ Vgl. J. M. Keynes: Vom Gelde, a. a. O., S. 110 ff.

⁵⁴ Siehe hierzu auch oben S. 124, Anm. 38.

⁵⁵ In ihrer Diskussion über diese Fragen reden J. M. Keynes (Alternative Theories of the Rate of Interest, a. a. O.; derselbe: The „ex-ante“-Theory of the Rate of Interest, a. a. O.) und B. Ohlin (a. a. O.) offenbar aneinander vorbei, worauf auch E. S. Shaw (False Issues in the Interest Controversy, JPE., vol. 46, 1938, pg. 844) aufmerksam macht.

und Bedeutung der „wirksamen“ Ersparnis – und auf diese allein kommt es ja an⁵⁶ – nicht im klaren ist. Diese Unklarheit kennzeichnet auch den von Keynes aufgestellten Begriff der „Finance“⁵⁷, unter der er die Investitionen versteht, die ein Unternehmer in der Zukunft zu machen beabsichtigt und die ihn dazu veranlassen, sich bereits jetzt die hierzu erforderlichen Mittel zu sichern. Einen Einfluß auf den Zins haben diese Dispositionen naturgemäß nur insoweit, als sie zur Aufnahme sogenannter „Bereitstellungskredite“ bei den Banken führen.

Das Wesen der den Zins bzw. die Zinshöhe und damit auch den Umfang der Realinvestitionen wie den der Beschäftigung beeinflussenden wirksamen „ex-ante“-Ersparnisse kann daher auch nicht im Umfange jener Ersparnisse gesehen werden, die man in der Zukunft zu machen beabsichtigt⁵⁸, sondern es liegt einzig und allein darin, daß Ersparnisse dadurch antizipiert und realisiert werden, daß Realinvestitionen bei einem Überwiegen des „virtuellen“ Zinses über den „Marktzins“ mit Hilfe von „zusätzlichen“ Krediten – deren Existenz Keynes allerdings bestreitet⁵⁹ – finanziert werden.

Hierbei entstehen dann entweder „Zwangsparsparnisse“ – als Ausdruck einer erzwungenen Konsumenthaltung seitens der Produktionsfaktoren – die sich bei den Unternehmern als Gewinne niederschlagen und ihren güterwirtschaftlichen Ausdruck in deren, mit den „zusätzlichen“ Krediten ausgeführten, Realinvestitionen haben. Oder die durch die „zusätzlichen“ Kredite an sich indizierte preisinflatorische Entwicklung wird durch eine solche kostendeflatorischer Art (Mengenkonjunktur) kompensiert, die das Ergebnis der durch Ausdehnung des

⁵⁶ Vgl. hierzu auch M. Curtis: Is Money Saving equal to Investment? QJ., vol. 51, 1937, pg. 691.

⁵⁷ Vgl. hierzu J. M. Keynes: The „ex-ante“-Theory of the Rate of Interest, a. a. O.; derselbe Alternative Theories of the Rate of Interest, a. a. O.; derselbe: Mr. Keynes and Finance. A Comment, EJ., vol. 48, 1938; D. H. Robertson: Mr. Keynes and Finance, EJ., vol. 48, 1938.

⁵⁸ Vgl. hierzu auch G. Myrdal: a. a. O.

⁵⁹ Wie Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 71) meint, kann „die Vorstellung daß die Erzeugung von Kredit durch das Banksystem die Vornahme von Investition zuläßt der ‚keine echte Ersparnis‘ entgegensteht, ... nur davon herühren, daß eine der Folgen des vermehrten Bankkredits unter Ausschluß der übrigen herausgehoben wird.“

Welch eigenartige Vorstellungen hier herrschen, zeigt beispielsweise die Ansicht von H. Drahot a (a. a. O., S. 97): „Die Ersparnisse sind eine ex-post Größe; der Begriff ‚zusätzlicher Kredit‘ setzt jedoch die Existenz von ex-ante-Ersparnissen voraus! Diese jedoch gibt es nicht, folglich gibt es auch keinen zusätzlichen Kredit im bisher verstandenen Sinne. Denn wozu sollen denn die Kredite ‚zusätzlich‘ treten?“

Umfanges der Erzeugung entstehenden Kostendegression ist; und es entstehen nachträglich die durch den „zusätzlichen“ Kredit antizipierten und „in statu nascendi“ investierten „ex-ante“-Ersparnisse bei der Gesamtheit der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen und der durch ihre multiplikativen Konsekwirkungen betroffenen Erzeugungsstätten.

Ob diese Ersparnisse dann allerdings die Investitionen auch in dem Sinne „übernehmen“, wie es der Abdeckung der seitens der Unternehmer zur Durchführung ihrer Realinvestitionen aufgenommenen Kredite entsprechen muß, d. h. ob der Ausgleich zwischen Ersparnis und Investition ohne Veränderung der „potentiellen“ Faktoren oder der Preise geschieht, ist natürlich eine zweite Frage; denn „die Entscheidungen, die Spartätigkeit bzw. Investitionstätigkeit bestimmen, [werden] von zwei verschiedenen Gruppen von Menschen getroffen, die von ganz verschiedenartigen Erwägungen geleitet werden und einander nicht viel Beachtung schenken“⁶⁰, eine Tatsache, die Keynes früher zwar richtig erkannte und auch betont hat, auf die er aber in seinen späteren Untersuchungen nicht mehr viel Wert zu legen scheint⁶¹.

Auf die hier bedeutsame Tatsache, daß zwischen dem Entschluß der Sparer über die Verwendung ihrer Ersparnisse einerseits und dem Entschluß der Unternehmer, Realinvestitionen durchzuführen andererseits, der ganze Preisbildungsprozeß und vor allem die Preisbildungsrelationen liegen, hat besonders auch Wicksell hingewiesen. Denn — um mit Myrdal zu sprechen — ist ja „diese Trennung von Sparen und Kapitalbildung vom Ge-

⁶⁰ J. M. Keynes: Vom Gelde, a. a. O., S. 226.

Angesichts der Zwiespältigkeit der Keynesschen Theorien — wenn diese auch in erster Linie nur auf der Unbekümmertheit seiner Begriffsbildung zu beruhen scheint — ist es daher auch verständlich, wenn H. Gestrich (a. a. O., S. 12) meint: „Es kann nur Verwirrung erzeugt werden, wenn einmal betont wird, daß die Entschlüsse zum Sparen und Investieren unabhängig voneinander gefaßt werden und stark differieren können, als bald aber festgestellt wird, daß Ersparnis und Investition immer gleich sein müssen.“ Denn es kann nicht dazu dienen, das Vertrauen in eine solche Art der Begriffsbildung zu stärken, wenn diese zu derart verschiedenen Ergebnissen führt.

⁶¹ Wie Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 56) meint, bestimmen, „die Entscheidungen zu verbrauchen und die Entscheidungen zu investieren ... unter sich das Einkommen ... Der Akt der Investition an sich muß ... unbedingt eine Zunahme dessen, was übrig bleibt, oder der Spanne, die wir Ersparnis nennen, um einen entsprechenden Betrag verursachen“.

Er meint daher wohl auch (ebenda, S. 53 f.): „Aus diesem Grunde und weil ich meine früheren Begriffe nicht mehr brauche, um meine Gedanken genau auszudrücken, habe ich mich entschlossen, sie aufzugeben — mit großem Bedauern für die Verwirrung, die sie verursacht haben.“

sichtspunkt des Kapitalmarktes aus die eigentliche Quintessenz der modernen, von Wicksell ausgehenden Geldlehre“.

Wir können also feststellen, daß eine jede Art von „ex-ante“-Kategorie nur dann von Interesse für die Vorgänge des wirtschaftlichen Ablaufes ist, wenn durch sie ein aktiver Einfluß auf diesen Ablauf ausgeübt wird, wenn es sich also um eine wirksame Art der betreffenden „ex-ante“-Kategorie handelt. In diesem Sinne liegen daher auch „ex-ante“-Ersparnisse nur beim „zusätzlichen“ Kredit vor, bei dem ihre Realisierung durch Realinvestitionen gewissermaßen „in statu nascendi“ erfolgt; ohne daß aber eine sich später erst als solche erweisende ‚Fehlinvestition‘ dadurch ausgeschlossen wäre.

Es ist, wie wir feststellten, die Aufgabe des Zinses, das durch die „ex-post“-Kategorie der Ersparnisse bestimmte Kapitalangebot mit der durch die „ex-ante“-Kategorie der unternehmerischen Antizipationen bestimmten Nachfrage nach Kapital zum Ausgleich zu bringen. An dieser Tatsache wird auch dadurch nichts geändert, daß zu der „ex-post“-Kategorie der Ersparnisse der „zusätzliche“ Kredit noch als Kapitalangebot hinzutritt. Denn auch der Umfang dieses Angebots ist beschränkt auf die Kreditschöpfungsmöglichkeit der Banken, die in praktischer Hinsicht vor allem durch Liquiditätserfordernisse bestimmt ist. Da aber diese Kreditschöpfungsmöglichkeit in erster Approximation eine Funktion des vorhandenen echten Geldkapitals, also der vorhandenen „ex-post“-Kategorie der Ersparnisse ist, so ist der Umfang des Kapitalangebotes sowohl in bezug auf den „vermittelnden“ Kredit – und zwar hier primär – wie auch in bezug auf den „zusätzlichen“ Kredit – und zwar hier sekundär – abhängig vom Umfange des das vorhandene Realkapital repräsentierenden echten Geldkapitals, d. h. vom Umfange der „ex-post“-Kategorie der Ersparnisse⁶².

⁶² Es bedeutet daher auch eine Verkenning dieser Zusammenhänge, wenn W. L a u t e n b a c h (Die Zinspolitik nach der Währungssanierung, Fin.Arch. NF., Bd. 11, 1949, S. 504) die Ansicht vertritt:

„Das ‚verfügbare Kapital‘ mit dem sie [die Formel, nach der der Zins Angebot und Nachfrage von Kapital aneinander anpaßt] operiert, ist keine reelle, sondern nur eine virtuelle, fiktive Größe. Es ist nämlich keineswegs vor und vor allem nicht unabhängig von der Investition gegeben oder auch nur bestimmbar. Man definiert es als ‚die in der Volkswirtschaft gemachten Ersparnisse‘ und umschreibt das Kapital, dessen man bedarf, auch als ‚vorgetane Arbeit‘. Dadurch wird der Eindruck erweckt, als handele es sich um einen breiten Sparfonds, aus dem geschöpft werde, oder um Arbeit, die schon vorgetan sei. In Wahrheit wird gerade, indem man investiert, für die künftige Versorgung gearbeitet, in diesem Sinne für die Zukunft vorgetan, und dieses Vortun von Arbeit ist reale Kapitalbildung, reale Ersparnis, die Kapitalsubstanz; die nominale oder Geldersparnis ist gewissermaßen nur ihr Schatten, man kann auch sagen: Das Realkapital ist der Produktionsbegriff, das Sparkapital der Verteilungsbegriff; es sind zwei Aspekte ein und desselben Phänomens.“

Wenn Keynes Ersparnis und Investition gleichermaßen als den Überschuß des Einkommens über den Verbrauch definiert, so ist das zwar zutreffend hinsichtlich des Begriffs der Ersparnis, nicht aber auch hinsichtlich des Begriffs der Investition. Denn diese Art der Definierung läßt keinen Raum für die Erklärung aller jener Vorgänge, die für die Beurteilung des wirtschaftlichen Ablaufes und seiner Störungen von bestimmender Bedeutung sind; weil sein Investitionsbegriff jeden „Zuwachs der Kapitalausrüstung ein[schließt], unbekümmert darum, ob sie [die Investition] aus festem Kapital, Arbeitskapital oder flüssigem Kapital besteht, und die maßgebenden Unterschiede in der Definition ... sind auf den Ausschluß einer oder mehrerer dieser Kategorien von der Investition zurückzuführen“⁶³.

Da nach Ansicht von Keynes der Zins nicht von der Höhe der Ersparnis abhängen kann, weil diese ihrerseits selber von der Höhe der Investition bestimmt wird, so muß der Zins unabhängig von der Höhe des Angebots und der Nachfrage nach Kapital durch andere Faktoren bestimmt sein⁶⁴. Der für Keynes den Zins bestimmende Faktor ist die „Neigung zur Liquidität“. Und der Zins ist nach seiner Ansicht „die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität für einen bestimmten Zeitabschnitt“⁶⁵.

Diese „Liquiditätstheorie des Zinses“ ist, von anderen Einwänden abgesehen, insofern einseitig und daher auch – wenigstens in ihrer behaupteten Allgemeingültigkeit – unrichtig, als sie sich lediglich auf die Annahme einer deflatorischen Entwicklung stützt; denn nur dann, wird der „Hang zum Horten“ oder anders ausgedrückt, die „Neigung zur Liquidität“, die in dem Bestreben zum Ausdruck kommt, liquide Vermögenswerte zu halten, die „Neigung zur Illiquidität“, d. h. das Bestreben zur Haltung von Realwerten überwiegen, wenn die erwarteten Nominalerträge der Realinvestitionen geringer sind als jener Zuwachs an Kaufkraft, den man durch den Erwerb liquider Vermögenswerte – auch ohne nominelle Verzinsung – glaubt erwarten zu können.

⁶³ J. M. Keynes: „Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 65.

⁶⁴ Siehe hierzu auch W. Lautenbach: Zur Zinstheorie von John Maynard Keynes, WA., Bd. 45, 1937, S. 498.

⁶⁵ J. M. Keynes („Allgemeine Theorie“, a. a. O., S. 141) nennt den Zins den Preis, „der das Verlangen, Vermögen in Form von Bargeld zu halten, mit der verfügbaren Menge von Bargeld ins Gleichgewicht bringt.“

Er hat diese Ansicht allerdings später modifiziert und sagt (The „ex-ante“-Theory of the Rate of Interest, a. a. O., pg. 666 f.), daß der Zins bestimmt sei durch Angebot und Nachfrage nach Geld, verursacht durch den Willen der Banken zur Illiquidität und den der Bankkunden zur Liquidität. (Siehe hierzu auch R. F. Harrod: Studies in the Theory of Economic Expansion, ZfN., Bd. 8, 1937, S. 495).

Wird hingegen eine Entwicklung inflatorischer Art erwartet, so ist der Zins nicht – wie Keynes das allgemein behauptet – eine „Belohnung für die Aufgabe der Liquidität“, sondern er ist vielmehr umgekehrt eine Belohnung für die Aufgabe der Illiquidität. Denn in einem solchen Falle wird man liquide Vermögenswerte nur dann und nur insoweit halten, als ihre Nominalverzinsung höher ist als jener Verlust an Kaufkraft, dem man durch Realinvestitionen – auch hier gegebenenfalls ohne nominelle Verzinsung – hofft entgegen zu können.

Die „Liquiditätstheorie des Zinses“ wie sie Keynes vertritt, müßte also – von anderen Einwänden abgesehen – um vollständig zu sein, durch eine „Illiquiditätstheorie des Zinses“ für den Fall einer inflatorischen Entwicklung ergänzt werden.

Es muß hier noch darauf hingewiesen werden, daß die von Keynes aufgestellte „Liquiditätstheorie des Zinses“ in der Form, wie sie aufgestellt ist, nicht nur einseitig, sondern auch durchaus widerspruchsvoll in sich selbst ist. Das ergibt sich daraus, daß diese Theorie einerseits eine grundsätzlich deflatorische Entwicklung voraussetzt; denn nur bei dieser überwiegt die „Neigung zur Liquidität“, d. h. das Bestreben, Vermögen in Geld oder geldwerten Forderungen zu halten; andererseits aber behauptet sie die Unabhängigkeit des Kapitalangebotes von der „ex-post“-Kategorie der Ersparnisse, die nur dann besteht, wenn das Kapitalangebot im wesentlichen durch den „zusätzlichen“ Kredit bestimmt wird, der seinen Ausdruck darin findet, daß die „Neigung zur Illiquidität“ überwiegt.

Geht man also von der Voraussetzung aus, daß das Kapitalangebot vom Umfange der „echten“ Ersparnisse unabhängig ist, dann muß man auch berücksichtigen, daß in der Volkswirtschaft das Bestreben überwiegt, Vermögen nicht in Nominal-, sondern in Realwerten zu halten. Dann aber ist der Zins nicht eine „Belohnung für die Aufgabe der Liquidität“, sondern dann ist er eine Belohnung für die Aufgabe der Illiquidität, d. h. in diesem Falle ist die Zinstheorie eine Illiquiditätstheorie des Zinses.

Wir müssen also feststellen, daß die Zinstheorie in der Form, wie sie Keynes vertritt, unbrauchbar ist, weil sie auf Voraussetzungen beruht, die miteinander nicht kompatibel sind.

Die Bedeutung, die die Investition in ihrem Verhältnis zu der Ersparnis für das Beschäftigungsproblem besitzt, beruht darauf, daß durch sie eine Aktivierung jenes „sterilen“ Teils der laufenden Ersparnisse bewirkt wird, der seitens der Einkommensempfänger – entweder

unmittelbar in ihren Kassen oder mittelbar bei den Banken – gehörtet wird. Hierdurch erfährt die „immanente Liquidität“ der Banken eine Verbesserung, die darauf beruht, daß sich die Umschlagsgeschwindigkeit ihrer Konten erhöht, da für die Entlohnung der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen fortlaufend Einkommensgeld benötigt wird.

Eine Steigerung im Umfange der Realinvestierungen und damit auch im Umfange der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren führt naturgemäß auch zu einer Steigerung im Umfange der Nachfrage nach Verbrauchsgütern, die ihrerseits eine Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung und dementsprechend auch im Umfange der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren indiziert. Die hierbei im einzelnen bestehenden Zusammenhänge und Abhängigkeiten werden in den folgenden Betrachtungen über die Arten der Beschäftigung sowie über die Wirkungen von Änderungen im Umfange der Beschäftigung noch etwas eingehender zu untersuchen sein.

Betrachten wir nun noch kurz die zwischen Ersparnis und Investition bestehenden Zusammenhänge im Verhältnis zu einer bestehenden monetären Gleichgewichtslage, die bekanntlich durch die Übereinstimmung zwischen dem durchschnittlichen volkswirtschaftlichen „virtuellen“ Zins und dem „Marktzins“ charakterisiert ist.

Findet hier eine Senkung im Umfange der Realinvestierung und damit auch im Umfange der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren statt, so führt das naturgemäß auch zu einer Senkung im Umfange der Verbrauchsgüternachfrage, die ihrerseits eine Verminderung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung und der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren indiziert, bis sich ein Gleichgewicht auf einem niedrigeren Beschäftigungsniveau infolge Veränderung der technischen Produktivität und der Verbrauchsquote des laufenden Einkommens einstellt. Eine solche grundsätzlich deflatorische Entwicklung ist bekanntlich verursacht dadurch, daß das Verhältnis von „virtuellem“ Zins zum „Marktzins“ die Einheit unterschreitet.

Findet umgekehrt eine Steigerung im Umfange der Realinvestierungen und damit auch im Umfange der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren statt, so führt das auch zu einer Steigerung der Nachfrage nach Verbrauchsgütern und indiziert dadurch eine Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung und der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren, bis sich schließlich ein Gleichgewicht bei einem höheren Beschäftigungsniveau einstellt, das im wesentlichen durch die gleichen, aber umgekehrten Veränderungen bedingt ist. Eine solche grundsätzlich inflatorische Entwicklung ist dadurch bedingt, daß das Verhältnis von „virtuellem Zins zum „Marktzins“ die Einheit

überschreitet. Eine solche inflatorische Entwicklung wird natürlich besonders ausgesprochen sein, wenn der Umfang der laufenden Realinvestierung den der laufenden Ersparnis überschreitet und die Finanzierung der Realinvestierungen dementsprechend auf dem Wege der Schaffung „zusätzlichen“ Kredits erfolgen muß, da hierdurch der Umfang der inflatorischen Entwicklung weniger begrenzt ist, als wenn sich die Realinvestierungen nur im Rahmen der laufenden Ersparnis abspielen können.

(Fortsetzung folgt in Heft 5)